
Was ist europäische Identität?

Theoretische Zugänge, empirische Befunde, Forschungsperspektiven und Arbeitsdefinition

Claudia Wiesner

Der Begriff europäische Identität¹ wird in den Sozialwissenschaften seit einigen Jahren intensiv diskutiert. Haben wir sie, brauchen wir sie, kann sie entstehen, und wie sieht sie aus? So etwa lauten dabei häufig gestellte Fragen. Was dann tatsächlich jeweils untersucht oder diskutiert wird, ist allerdings zumeist je nach Teildisziplin oder Kontext unterschiedlich: Die Beiträge reichen von quantitativ-empirischen Ergebnissen und Kategorien bis zu philosophischen Überlegungen und historischen Perspektiven. Die Debatte um europäische Identität zeigt zudem zahlreiche Probleme und Widersprüche. So legen die Beitragenden nicht nur unterschiedliche Verständnisse oder Ideale von europäischer Identität zugrunde, in einigen Beiträgen bleibt sogar unklar, was unter Identität verstanden werden soll.

Insofern ist für die Entwicklung einer Arbeitsdefinition europäischer Identität eine Klärung der Inhalte des Begriffs Identität und der Untersuchungskategorien vonnöten. Beides soll im Folgenden geschehen: Zunächst werden normativ-demokratiethoretische Kriterien zur Rolle europäischer Identität diskutiert und zusammengefasst (1), anschließend werden Theorien und Befunde aus der empirischen Untersuchung kollektiver und europäischer Identität vergleichend

¹Streng genommen wird im Folgenden die politisch-demokratische, kollektive Identität der EU diskutiert. Die Begriffe Europa und EU sind aber weder in der wissenschaftlichen Debatte zum Thema noch in den Zuschreibungen an die EU systematisch zu trennen. Im Folgenden wird dennoch von „europäischer Identität“ gesprochen; dabei bin ich mir der beschriebenen grundsätzlichen begrifflichen Unschärfen sehr wohl bewusst.

C. Wiesner (✉)

Robert Schumann Centre for Advanced Studies, The European University Institute,
Florenz, Italien

E-Mail: claudia.wiesner@staff.uni-marburg.de

diskutiert (2) und darauf aufbauend wird eine Arbeitsdefinition europäischer Identität entwickelt (3).

1 Demokratisierung der EU und europäische Identität

In der sozial- und insbesondere in der politikwissenschaftlichen Debatte wird europäische Identität seit den 1990er Jahren in Verbindung mit der weiteren Demokratisierung der EU diskutiert, denn zwischen Demokratisierung der EU und der Ausbildung europäischer Identität besteht eine normativ aufgeladene demokratietheoretische Beziehung.

1.1 Die Input-Dimension repräsentativer Demokratie

Die normativ-theoretisch begründete Beziehung zwischen Demokratisierung und Identitätsbildung hängt eng mit der Input-Dimension repräsentativer Demokratie zusammen, die als eine von drei entscheidenden, idealtypischen Dimensionen legitimer Demokratien zu verstehen ist. Abraham Lincolns klassische Formel aus der Gettysburg-Rede bringt dies zum Ausdruck, indem sie Demokratie als „government of, by and for the people“ definiert. Lincoln verweist damit auf drei Dimensionen von Demokratie, die sich in ähnlicher Weise in verschiedensten konzeptionellen Überlegungen zur EU finden (vgl. Mény 2003; Eriksen und Fossum 2004; Scharpf 2009; Habermas 2001; Greven 1998; Cerutti 2009).

Die erste ist die Input-Dimension demokratischen Lebens: Bürgerinnen und Bürger tragen das demokratische Leben, und zwar zum einen als Souverän und als Wahlvolk und zum anderen durch ihre politischen Aktivitäten, also durch Debattenteilnahmen, Proteste oder die Gründung von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die zweite Komponente der Lincoln-Formel verweist darauf, dass Demokratie im Wortsinn Regierung durch das Volk bedeutet; in repräsentativen Demokratien betrifft dies die Rechte, zu wählen und gewählt zu werden, sowie die Organisation des repräsentativ-demokratischen Systems und die Beziehungen zwischen Bürgern und Regierten, d. h. Repräsentation durch die Regierten, Verantwortung gegenüber den Regierten, und die institutionelle Organisation, die dies ermöglicht. Die dritte Komponente der Lincoln-Formel betont, dass das Regieren für das Volk stattfinden muss, sie betrifft also den Output des Systems und die Rückbeziehung der Regierenden auf die Regierten, also die Fragen, ob die Bürgerinnen und Bürger mit den Entscheidungen zufrieden sind, die ihre

Repräsentanten für sie getroffen haben, und ob diese für ihre Entscheidungen verantwortlich gemacht werden können. Somit verweist die Lincoln-Formel auf drei zentrale Elemente legitimer, repräsentativer Demokratien: die Input-Dimension, die repräsentative bzw. institutionelle Dimension, und die Output-Dimension.

Alle drei bringen eine entscheidende, normativ aufgeladene Rolle demokratischer Identität mit sich: Eine repräsentativ-demokratische Polity, ihre Institutionen und Verfahren müssen von einem demokratischen Subjekt, einem Demos, getragen werden, der sich in einem Mindestmaß auch selbst als solcher definiert. Demokratische Identität meint dann diese Selbstdefinition des Demos, also zum einen ein Bewusstsein von und eine Identifikation mit der Ebene, auf die sich Rechte und demokratische Praxis beziehen und zum anderen eine gegenseitige Identifikation und Anerkennung der Demos-Mitglieder.

Demokratische Identität betrifft somit Identifikationsprozesse, die in zwei Richtungen verlaufen: Zum einen horizontal, zwischen Bürgerinnen und Bürgern, die sich gegenseitig als Mitglieder eines Demos anerkennen; und zum anderen vertikal, von den Bürgerinnen und Bürgern zur Systemebene und zur Regierung, die sich mit diesen identifizieren und deren Policy-Outputs akzeptieren.

Allerdings gibt es unterschiedliche Interpretationen dessen, was die Funktionen einer solchen demokratischen Identität sind, und welche Aspekte sie zu beinhalten hat.

Diese hat zunächst einen funktionalen Aspekt: Seit dem Werk David Eastons (Easton 1953, 1965a, 1965b, 1975) ist es ein Gemeinplatz der politischen Kulturforschung geworden, dass politische Systeme in einem bestimmten Maß auf Identifikation (*identification*) und Unterstützung (*support*) der Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind, um stabil zu bleiben. Demokratische Identität in diesem Sinne ist damit erstens notwendige Bedingung für stabile demokratische Systeme, denn die positive Identifikation der Mitglieder mit ihrem demokratischen Gemeinwesen geht mit dessen grundlegender Akzeptanz einher.

Zweitens, und etwas weiter gehend, ermöglichen belastbare demokratische Identitäten die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen und Umverteilungspolitiken. Damit Minderheiten sich überstimmen lassen und/oder Regierungsentscheidungen akzeptiert werden können, die Umverteilungswirkung haben, muss ein belastbares Gemeinschaftsgefühl der Bürgerinnen und Bürger untereinander bestehen, das sie diese Entscheidungen akzeptieren und unterstützen lässt. Die oben beschriebene grundsätzliche Unterstützung des Systems ist dabei Voraussetzung (Scharpf 1998, S. 85 ff.; Habermas 2004, S. 70; Easton 1975). Die Unterscheidung zwischen der ersten und der zweiten Funktion demokratischer Identität entspricht im Wesentlichen der von Easton entwickelten, grundlegenden Unterscheidung zwischen *diffuse* und *specific support* (Easton 1975).

Es gibt jedoch noch ein drittes, zentrales normativ-demokratiethoretisches Argument. Dieses geht deutlich weiter als die funktionalistischen Definitionen, die sich primär auf Stabilität und Akzeptanz der institutionellen Komponente repräsentativer Demokratie bzw. Identifikation und Unterstützung beziehen. Das dritte Argument betrifft die Frage nach einem aktiven demokratischen System, das auf demokratischer Praxis beruht, und damit den Unterschied zwischen schwacher (lediglich formaler und institutionenbezogener) und starker (praktizierter und von zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Aktivitäten getragener und geprägter) Demokratie (Barber 1994): Demokratie, gleich, ob man ein republikanisches, ein kommunitaristisches oder ein liberales Leitbild zugrunde legt, muss aus normativer Sicht nicht allein aus Wahl- und Bürgerrechten, sondern auch aus demokratischer Praxis bestehen. Demokratische Identität hat dabei eine zentrale Rolle für die Ausbildung demokratischer Praxis. So werden die Bürgerinnen und Bürger einer Polity höchstwahrscheinlich nur dann politisch aktiv werden, wenn sie zumindest ein Bewusstsein ihrer Zugehörigkeit zu dieser Polity haben (und umgekehrt nicht, wenn sie Desinteresse an ihrer Polity zeigen). Demokratische Identität ist also erforderlich, damit die Bürgerinnen und Bürger demokratische Institutionen und Rechte auch ausfüllen, damit sie partizipieren, sich mobilisieren oder protestieren. Dabei ist die Ausbildung demokratischer Identität sowohl eine Folge demokratischer Praxis als auch deren Voraussetzung (vgl. Habermas 2004, S. 77 ff.; Greven 1998, S. 253 f.).²

Alle drei Funktionen – Systemstabilität ermöglichen, Umverteilungsentscheidungen akzeptabel machen und demokratische Praxis ermöglichen – sind wesentlich für demokratische Identität.

1.2 Die Debatte um das EU-Demokratiedefizit

Wie ist die EU mit Bezug auf diese demokratiethoretischen Annahmen zu beurteilen? Eine Antwort auf diese Frage hängt zunächst davon ab, als welche Art von

²Es gibt eine ebenso lange wie breite Debatte um diese drei Inhalte von demokratischer Identität, ihre Definitionen und ihre Beziehung, die hier nicht rezipiert werden kann und soll. Beispielhaft sei verwiesen für die Debatte um Akzeptanz und Unterstützung des politischen Systems auf die Beiträge von Westle (1989), Gabriel (1987), Fuchs (1989) sowie aktuell in Bezug auf die EU auf Kaina (2009) und Fuchs et al. (2009). Der Zusammenhang zwischen demokratischer Identität und politischer Partizipation ist ein klassisches Motiv demokratischen Denkens der Neuzeit und wurde in neuerer Zeit insbesondere von Jürgen Habermas immer wieder betont (Habermas 1976, 1999b) und in Bezug auf die EU umfassend diskutiert (Habermas 1999a, 2001, 2004).

Gebilde die EU definiert wird. Weitgehende Einigkeit besteht in der politikwissenschaftlichen Debatte bezüglich der Feststellung, dass die EU in jedem Fall eine Art von politischer Einheit ist, eine Polity also (siehe etwa Eriksen und Fossum 2004; Scharpf 2009; Goodhart 2007; Moravcsik 2002; Majone 1998; Abromeit 1998). Aus dieser Feststellung ergibt sich eine erste, für die Frage nach der Identität der EU zentrale Schlussfolgerung: Die EU ist politisch definiert und nicht religiös, kulturell oder gar ethnisch. Fragt man nach ihrer Identität, fragt man also nach einer Form von politisch, nicht kulturell, religiös oder gar ethnisch definierter Identität.³ Allerdings ist hier zu fragen, ob und inwieweit diese unterschiedlichen Formen von Identität klar voneinander zu trennen sind.

Misst man nun die Polity EU an den drei Dimensionen legitimer repräsentativer Demokratie, auf die die Lincoln-Formel verweist, also der Input-, der Output- und der Repräsentations-/Institutionendimension, zeigt sie eine Reihe von Schwächen und Ungleichgewichtigkeiten. So ist sie zwar fraglos als das am weitesten entwickelte System supranationaler Demokratie zu bezeichnen. Auch haben sich ihre demokratischen Defizite in den letzten zwanzig Jahren stetig reduziert. Dennoch bleiben signifikante Probleme: Selbst wenn die Output-Dimension als zufrieden stellend betrachtet wird, weist die Input-Dimension ihr gegenüber deutliche Schwächen auf, und auch die repräsentative/institutionelle Dimension ist unterentwickelt. Zudem sind die drei Dimensionen in der EU nicht im Gleichgewicht.⁴

Die meisten Argumente in der Debatte um das EU-Demokratiedefizit und die Demokratiequalität der EU betreffen das EU-Institutionensystem und die Folgen des europäischen Integrationsprozesses (für Übersichten siehe Føllesdal und Hix 2006; sowie Hix 2008). Die Vertragsreformen der letzten zwanzig Jahre, auch

³Entsprechend fragen Cerutti (2005, 2009) und Meyer (2009) auch direkt nach der politischen Identität der EU.

⁴Eine solche kritische Diagnose der Demokratiequalität in der EU setzt jedoch voraus, dass die EU überhaupt als repräsentativ-demokratisch zu organisierende Polity betrachtet wird – und dies ist eine Ausgangsposition, die nicht alle Beitragenden teilen. Zwei der bekanntesten Gegenpositionen zu den oben genannten Überlegungen zum Zusammenhang von demokratischer Identität und Legitimität in der EU stammen von Andrew Moravcsik (2002) und Giandomenico Majone (1998). Für Majone handelt es sich bei der EU eben nicht um eine repräsentativ-demokratisch zu organisierende Polity, sondern um einen „regulatory state“ (Majone 1998, S. 18), dem die Mitgliedstaaten Kompetenzen zur politischen Regulierung in begrenzten wirtschaftlichen Bereichen übertragen haben. Moravcsik definiert als Rechtfertigung für Demokratie die Aufgabe „to check and channel the arbitrary and potentially corrupt power of the state“ (Moravcsik 2002, S. 606). Sein zentrales Argument ist, dass diese Aufgabe in der EU sehr gut ausgefüllt werde.

die des Lissabonner Vertrages, haben diese Kritikpunkte zwar noch nicht völlig beseitigt, aber signifikant abgeschwächt, insbesondere indem sie auf eine bessere Gewaltenteilung und eine höhere Input-Legitimität der EU hingewirkt haben. Fünf zentrale Kritikpunkte aus der Demokratiedefizit-Debatte seien hier genannt:

1. EU-Policies haben bereits seit einigen Jahren nicht mehr rein regulativen Charakter; sie haben im Gegenteil redistributive Auswirkungen (Føllesdal und Hix 2006, S. 551; Beetham und Lord 1998, S. 17 ff.). Die EU ist somit inzwischen so weit integriert, dass sie nicht mehr schlicht als intergouvernementale Institution oder als Regulationsregime zu betrachten ist; sie greift vielmehr stark ins Alltagsleben ihrer Bürgerinnen und Bürger ein. Bereits daraus erwächst die Notwendigkeit, die EU als solche besser demokratisch zu legitimieren.
2. Die Input-Legitimation von Kommission und Rat ist nach wie vor eingeschränkt. Ratsmitglieder sind auf nationalstaatlicher Ebene gewählte Vertreter nationaler Regierungen, die wiederum von nationalen Parlamenten gewählt wurden, und nur diese wurden direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Die Kommission besteht aus Mitgliedern, die von den nationalen Regierungen ernannt wurden und die das Europäische Parlament (EP) bestätigt. Insofern wirken die Wahlentscheidungen der 28 nationalen Souveräne in weiten Teilen nur indirekt auf die Zusammensetzungen der Organe Kommission und Rat, auch wenn das EP Kandidaten für Kommissarsposten seit einigen Jahren aufgrund interinstitutioneller Vereinbarungen ablehnen kann (siehe dazu ausführlich Wiesner 2014b) und zudem mit dem Lissabonner Vertrag und der Praxis des Jahres 2014 auf das Ergebnis der EP-Wahlen bei der Entscheidung über den Kommissionspräsidenten großen Einfluss hat. Demokratische Entscheidungen müssen aber entsprechend der drei genannten Kerndimensionen von Demokratie auf einer klar erkennbaren Input-Legitimation durch die Bürger basieren (vgl. Beetham und Lord 1998, S. 17 ff.; Bellamy und Castiglione 2003).

Auch die Rückbeziehung der Regierenden auf die Regierten ist insofern indirekt, als es an Transparenz und einer klaren Verantwortungszuschreibung für Entscheidungen mangelt, insbesondere weil Sitzungen des Rates nur teilweise öffentlich sind (nur wenn er Gesetze beschließt) und Entscheidungswege mitunter nur schlecht nachvollzogen werden können.

3. Mit den kontinuierlich wachsenden Kompetenzen der EU-Institutionen verlieren die repräsentativ-demokratisch legitimierten Mitgliedstaaten beständig Kompetenzen; es entsteht insgesamt ein kontinuierlicher Zuwachs an exekutiven Kompetenzen und ein kontinuierlicher Verlust an parlamentarischer

Kontrolle. Mithin kommt es zu einem zunehmenden Ungleichgewicht der einzelnen Elemente der Gewaltenteilung im EU-Mehrebenensystem (Føllesdal und Hix 2006, S. 534 ff.; Mény 2003).

4. Die nationalen repräsentativen Systeme der EU-Mitgliedstaaten entsprechen – trotz der auch bei ihnen bestehenden Defizite – derzeit noch besser als die EU dem eingangs genannten Erfordernis einer Balance zwischen den drei Komponenten Input, Repräsentation/Institutionen und Output. Somit führt die europäische Integration mit dem Kompetenzverlust der Mitgliedstaaten auch zu einem kontinuierlichen Verlust an demokratischer Input-Legitimation. Das intergouvernementale Legitimitätsargument, das betont, Demokratie habe ihre Basis weiterhin allein in den Nationalstaaten und man dürfe daher die Input-Komponente der EU nicht weiter stärken, definiert also ein Ideal, nimmt dabei aber auf den real stattfindenden Verlust demokratischer Legitimation keine Rücksicht (vgl. Habermas 1999a, S. 186 f.; Beetham und Lord 1998, S. 17 ff.).
5. In der EU werden mithin Entscheidungen zunehmend der demokratischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger entzogen, solange diese noch vor allem national verankert ist (Habermas 2001). Damit verstärkt sich das bestehende Ungleichgewicht zwischen dem institutionell-prozeduralen und dem partizipativen Aspekt von Demokratie kontinuierlich zuungunsten der Partizipation (Mény 2003, S. 3 ff.; Checkel und Katzenstein 2009; Diez Medrano 2009; Kaelble 2009; Cerutti 2009; Haller 2009). Der Demos verliert in der EU zunehmend Einfluss auf und Teilhabe an der Politikgestaltung.⁵ Ein geringer Grad an demokratischer Partizipation in der EU ist dabei nicht dadurch zu rechtfertigen, dass die Bürgerinnen und Bürger wenig Interesse an EU-Politik haben. Es kann auch einen umgekehrten Zusammenhang geben, in dem der geringe Grad an Partizipation eine Reaktion auf geringe Partizipationsmöglichkeiten ist (Føllesdal und Hix 2006, S. 551). Somit könnte deren Stärkung auch das Interesse an der EU und die politische Partizipation in der EU verbessern.

Aufgrund dieser Argumente ist nicht nur die Kritik am Demokratiedefizit der EU seit einigen Jahren gängig, sondern auch die Forderung nach Abhilfe. Ein erster Strang der Debatte brachte eine Reihe von Vorschlägen hervor, die das EU-Institutionensystem verbessern sollen (die Vorschläge reichen von Reformen über EU-weite Referenden bis hin zu einer Ausweitung der Kompetenzen des EP (siehe

⁵Mény (2003, S. 3 ff.) verweist explizit darauf, dass das Ungleichgewicht zwischen dem institutionell-prozeduralen (er nennt ihn konstitutionellen) und dem partizipativen Aspekt von Demokratie eine der Hauptursachen für das sinkende Vertrauen der Bürger in die EU sei.

etwa Abromeit 1998; Føllesdal und Koslowski 1997; Weale und Nentwich 1998; Hix 2008). Der zweite Strang der Debatte diskutiert die eingangs thematisierte Rolle der Input-Komponente demokratischer Legitimität und ihrer Beziehung zu demokratischer Identität – also die Frage nach europäischer Identität – aus individualistischer Perspektive. Dies wird ausführlich im Kap. „Zwischen Scheinkonsens und Identitätskrise. Konstruktionen europäischer Identität in nationalen Medienöffentlichkeiten“ thematisiert.

1.3 Die Frage nach dem Demos der EU

Eine dritte, vor allem in Deutschland verbreitete Argumentation geht von der Rolle aus, die demokratische Identität für die Ausbildung demokratischer Praxis hat. Verschiedenste Beiträge betonen dabei, eine auf Institutionen bezogene Demokratisierung der EU allein (also etwa die Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments) sei nicht ausreichend, da Demokratie auch einen Demos brauche – und daher bedürfe es in der EU auch der Herausbildung von Aktivbürgerschaft, Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und eben europäischer Identität, die den Demos der EU erst bilden würden (Scharpf 1998; Kielmannsegg 1996, 2003; Habermas 1999a).

Hinsichtlich der bei der Herausbildung eines EU-Demos vermuteten Prozesse stehen sich jedoch insbesondere in der deutschsprachigen Debatte zwei Grundsatze positionen gegenüber. Auf der einen Seite argumentieren die Vertreter der sogenannten Kein-Demos-These (Weiler 1995, S. 4), die EU habe keinen Demos, denn es würden ihr die Demos-Elemente Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und insbesondere europäische Identität fehlen. Diese könnten auch perspektivisch nicht entstehen. Die EU entbehre damit also der Grundlage einer Input-Legitimation und dürfe deshalb nicht weiter demokratisiert werden (so etwa Scharpf 1998; Kielmannsegg 1996, 2003).

Diese Argumentation postuliert jedoch eine als normativ zu betrachtende zeitliche Abfolge von Demos-Bildung und Demokratisierung (also etwa „erst Demos-Bildung, dann Demokratisierung“) – und dieses Postulat ist ebenso aus normativ-demokratiethoretischer Sicht zurückzuweisen wie es empirisch nicht haltbar ist.

Zwar betonen die Vertreter der Kein-Demos-These zu Recht die Bedeutung eines Demos und insbesondere europäischer Identität, aber sie postulieren zu Unrecht, dass diese entstehen müssten, bevor die EU weiter zu demokratisieren sei. Sie machen damit nämlich eine vorpolitische europäische Identität zur Bedingung der weiteren Demokratisierung der EU. Diese Folgerung führt nicht nur zu

einem zirkulären Zusammenhang, der stets gegen die weitere Demokratisierung der EU sprechen muss (kein Demos – keine Demokratisierung – keine demokratische Aktivität – keine Ausbildung eines Demos – keine Demokratisierung). Sie ergibt sich auch nicht notwendigerweise aus der demokratietheoretischen Beziehung zwischen Identität und Legitimität. Diese führt nur zu dem Anspruch, dass Demokratie einen Demos braucht, nicht aber zu Folgerungen über den Zeitpunkt von dessen Entstehung.⁶

Vielmehr steht die Demos-Bildung in enger Beziehung zur demokratischen Praxis. So betonen die Vertreter der zweiten Grundsatzposition (etwa Habermas 1999a, S. 190 f.; Lepsius 1999), dass sich eine europäische Identität, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft höchstwahrscheinlich gerade durch eine Demokratisierung und die daraus resultierende demokratische Praxis auf EU-Ebene intensivieren beziehungsweise herausbilden können und werden.

1.4 Demokratie und Differenz

Für die theoretische Konzeption europäischer Identität ist noch eine weitere normative Ausgangsüberlegung wichtig: Die Beziehung zwischen kollektiven und individuellen Identitäten spielt aus normativer Sicht eine Schlüsselrolle in Demokratien. Denn in der Gesellschaft tragen die Beziehungen der Individuen untereinander nicht nur zur Entstehung von kollektiv geteilten Haltungen bei, sondern sie haben umgekehrt immer auch Einfluss auf die individuellen Identitäten, denn Individuen gewinnen erst im gesellschaftlichen Austausch Anerkennung (Taylor 1997a, S. 24). Die demokratietheoretische Herausforderung besteht nun darin, dass zwischen individuen- und gruppenbezogenen Identitäten verschiedenste Spannungsverhältnisse bestehen können. Werden diese nicht aufgelöst, können sie dazu führen, dass individuelle Identitäten und Rechte durch die demokratische Praxis und die Rechtssysteme, die sie grundsätzlich schützen sollten, verletzt werden. Ein Katalog von Rechten, der sich gegenüber Differenzen blind stellt, geht von dem utopischen Anspruch eines abstrakten einheitlichen Individuums aus.

⁶Auch während der Nationenbildung gab es weder vorpolitische demokratische Identitäten noch eine chronologische Ordnung im Sinne eines „erst Demos, dann Demokratie“: Prozesse der Demos-Bildung gestalteten sich dort ebenfalls erheblich komplexer (vgl. Anderson 2006; Gellner 1983; Hobsbawm 2008), als es die Kein-Demos-These behauptet. Allerdings zeigen die Ergebnisse der Forschung zur Nationenbildung auch, dass es jeweils nicht allein die demokratische Praxis war, die demokratische Identitäten und Demoi entstehen ließ, sondern oftmals auch gezielte politische Aktivität sowie das Handeln von Eliten und Regierungen: Politische Identitäten wurden, oftmals gezielt, sozial konstruiert.

Doch Individuen sind verschieden und deshalb müssen in relevanten Bereichen diese Verschiedenheiten auch in den Rechtssystemen und in der demokratischen Praxis berücksichtigt werden, um Gerechtigkeit zu erzielen.

Diese demokratiethoretische Anforderung bezieht sich nicht nur auf Rechtskataloge, sondern auch auf die demokratischen kollektiven Identitäten. Ihre Inhalte dürfen individuelle Identitäten – zumindest nach theoretisch-normativem Anspruch – nicht verletzen. Damit demokratische Identitäten und festgeschriebene Rechte also nicht mit individuellen und gruppenbezogenen Identitäten und Ansprüchen in Konflikt geraten, müssen schon auf nationalstaatlicher Ebene Demokratie und Differenzen im Hinblick etwa auf Kultur, Geschlecht oder Herkunft mit einer Orientierung der Individuen an der politischen Gemeinschaft der Staatsbürger zusammengebracht werden (siehe etwa Benhabib 1996; Fraser 1996; Habermas 1999b; Kymlicka 1995; Mouffe 1992; Taylor 1997b; Young 1990).

Diese Anforderung ist jedoch nicht immer eindeutig umzusetzen. Vielmehr gibt es eine Vielzahl möglicher Spannungsverhältnisse, die aus der praktischen Umsetzung des normativen Gebots der Anerkennung von Differenz resultieren können. Dies lässt für die Frage nach europäischer Identität einen zentralen Rückschluss zu: Die EU vervielfacht im Hinblick auf ihre Vielfalt an Sprachen, Identitäten, Wertorientierungen sowie ethnischen und kulturellen Gruppen die Unterschiede und Differenzen, die bereits in den 28 Mitgliedstaaten bestehen. Wenn eine europäische Identität diese Vielfalt an Identitäts- und Wertemustern ausbalancieren soll, muss sie eine Basis bilden, die ein Mindestmaß an Einigkeit bei größtmöglicher Akzeptanz von Differenz ermöglicht.

Sie muss damit aus zwei Gründen primär politisch-demokratisch sein: Erstens betrifft sie die Demokratisierung und die politisch-demokratische Legitimität der Polity EU. Zweitens können ethnische, kulturelle oder auch religiöse Differenzen am ehesten oder sogar nur dann integriert werden, wenn die dieser Integration zugrunde liegende Basis politisch und nicht selbst ethnisch, kulturell oder religiös begründet ist. Habermas' Konzept des Verfassungspatriotismus (Habermas 1999b, S. 266 ff.) bietet hier eine mögliche Konzeption (allerdings ist dabei zu fragen, ob und inwieweit eine politisch-demokratische Identität ganz klar von kulturellen, religiösen oder ethnischen Aspekten zu trennen ist).

Zudem muss europäische Identität auf der Akzeptanz von Differenzen basieren, um stabil sein zu können. Konkret heißt das: Differenzen in ethnischen, kulturellen oder gruppenbezogenen Identifikationen müssen Teil der Identität werden; sie dürfen aber dabei nicht so weitgehend sein, dass kein gemeinsamer Kern mehr übrig bleibt: Europäische Identität muss differenzfreundliche Identität sein, um zu tragen.

Diese normativ-theoretisch fundierten Überlegungen stellen jedoch kein Plädoyer für eine ausschließlich politisch-demokratische Identität dar. Europäische Identität

kann vielmehr unterschiedliche ethnische, kulturelle und religiöse Bezüge vereinbaren, wenn diese in fruchtbarer Beziehung zu einer übergreifenden, politisch-demokratischen Identifikation stehen oder dieser zumindest nicht widersprechen und wenn sie sich gegenseitig stärken oder wenigstens tolerieren. Dies gilt auch für die nationalen Identitäten: Diese sind notwendigerweise Teilidentitäten in einem Mehrebenensystem europäischer Identität. Europäische Identität muss also differenzfreundliche Mehrebenenidentität sein.

2 Europäische Identität? Eine Arbeitsdefinition

Wurde bisher die demokratietheoretische Rolle europäischer Identität normativ-theoretisch begründet diskutiert, sollen nun im Folgenden die Theorieansätze und Kategorien konkretisiert werden, in denen und mit denen europäische Identität und ihre Konstruktion empirisch analysiert werden können. Dies dient dazu, eine Arbeitsdefinition europäischer Identität zu entwickeln, die bestehende Theorieansätze integriert.

2.1 Was ist kollektive Identität und wie entsteht sie?

Europäische Identität ist eine Form kollektiver Identität, d. h. es geht um kollektiv geteilte Muster von Identifikationen und Bezügen. Der Frage nach einer Untersuchungskonzeption kollektiver Identität ist die grundsätzliche Vorbemerkung vorzuschicken, dass kollektive Identitäten latente Konstrukte sind. Sie sind also nicht direkt messbar oder erkennbar. Um sie untersuchen zu können, müssen daher die sie bestimmenden Faktoren oder Dimensionen operationalisiert werden. Die folgenden Ausführungen dienen dazu.

Kollektive Identität ist von der Identität eines Individuums zu unterscheiden, die hier nicht näher betrachtet werden soll (siehe dazu klassisch Mead 2005 sowie in Kurzfassung Esser 2001, S. 335). Der Begriff bezieht sich auf menschliche beziehungsweise gesellschaftliche Kollektive. Hierbei kommt es häufig zu latenten und expliziten begrifflichen Verwirrungen, da kollektive Identität eine catch-all-Funktion hat: Identitäten werden leicht an (zu) vielen Stellen gesucht und zugeschrieben, ohne dass die notwendigen definitorischen Klärungen vorausgehen (siehe hierzu Niethammer 2000, S. 9 ff.; Brubaker und Cooper 2000).

Was also ist unter der Identität eines gesellschaftlichen Kollektivs zu verstehen? Habermas hat in seinen grundsätzlichen Überlegungen zu dieser Frage zunächst festgestellt, dass eine Gesellschaft nicht in dem trivialen Sinne eine

Identität aufweise wie etwa ein Gegenstand (Habermas 1976, S. 92). Somit sind kollektive Identitäten keinesfalls direkt mit den Identitäten von Individuen (oder gar von Gegenständen) vergleichbar, d. h., Identität ist nicht zu verstehen als Beschreibung bestimmter Eigenschaften oder Charakteristika. Wie aber kann dann kollektive Identität definiert werden?

Ein Kollektiv ist erstens eine Ansammlung von Menschen; und Identität, so stellt Niethammer fest, verweist begrifflich auf Gleichheit. Die Identität menschlicher Kollektive besteht demnach darin, dass diese Kollektive zumindest unter einem bestimmten Gesichtspunkt als gleich erscheinen (Niethammer 2000, S. 9 ff.). Zweitens bringen Kollektive diese Identitäten selbst hervor (Habermas 1976, S. 92). Es geht somit um menschliche Kollektive, die zumindest in einem bestimmten Punkt eine Gemeinsamkeit aufweisen und ihre Identität, d. h., diese Gemeinsamkeit, selbst hervorbringen, also sozial konstruieren.

Der Inhalt des Begriffs kollektive Identität ist weiterhin von dem des Begriffs soziale Identität abzugrenzen, der sich ebenfalls auf Kollektivphänomene bezieht. Allerdings beschreibt er lediglich die individuellen Komponenten der Identifikation mit einem Kollektiv:

Social Identity is that part of an individual's self concept which derives from his/her knowledge of his/her membership of a social group (social groups) together with the value and emotional significance attached to it (Tajfel 1978, S. 63).

Die Identifikation der Individuen mit einem Kollektiv ist natürlich unbestreitbar ein elementarer Teil kollektiver Identität. Diese hat jedoch noch einen zweiten Aspekt, der sich nur definieren lässt, wenn man einem moderaten methodologischen Holismus (Albert 2005, S. 388 ff., 2007, S. 17 ff.) folgt: Dann rücken neben der Identifikation der Individuen auch die Inhalte dieser Identifikation in den Blick, nämlich die Bedeutungsgehalte, Zuschreibungen und Aufladungen, die mit dem Kollektiv verbunden werden. Denn Menschen identifizieren sich nicht ohne weiteres mit einer beliebigen gegebenen politischen oder administrativen Einheit. Damit sie das tun, muss diese mit bestimmten Bedeutungsgehalten aufgeladen werden (Anderson 2006, S. 53).

Diese Bedeutungsgehalte der Identifikation, die etwa einer Nation oder einem Staat zugeschrieben werden, lassen sich als Sinnmuster definieren, oder, im Sinne Poppers, als „products of the human mind“ (Popper 1978, S. 144), die unabhängig von den Denk- beziehungsweise Identifikationsprozessen der Individuen existieren und Einfluss auf die materielle Welt haben können.

Kollektive Identitäten finden sich mithin bei menschlichen Kollektiven, die ihre Identität, d. h., ihre Gemeinsamkeit, selbst hervorbringen, also sozial konstruieren.

Kollektive Identitäten werden geprägt durch a) kollektive Identitätsmuster bzw. kollektiv geteilte Orientierungen individueller Identifikationen oder Einstellungen und b) durch deren Inhalte, nämlich bestimmte Sinnmuster als den individuellen Identifikationen übergeordnete Makro-Phänomene. Um die Entstehung europäischer Identität als kollektiver Identität zu untersuchen, muss also a) die Mikroebene der individuellen Identifikationen und Einstellungen wie auch b) die soziale Konstruktion von Sinnmustern auf der Makroebene betrachtet werden.

2.2 Europäische Identität: Empirische Theorien und Befunde

Im Rahmen der Debatte um europäische Identität wird, wie beschrieben, kein identisches Verständnis des Konzepts zugrunde gelegt. Dies überrascht insofern nicht, als die Beiträge aus verschiedenen (Teil-)Disziplinen stammen und unterschiedliche Zugänge zum Identitätsbegriff, seiner Theorie und seinen Operationalisierungen aufweisen. Die Debatte um europäische Identität weist zudem zahlreiche theoretische und begriffliche Unklarheiten und Widersprüche auf. So werden oftmals verschiedene Ebenen und Dimensionen europäischer Identität – Inhalte von Identität als Sinnmuster, Identifikation von Individuen, Konstruktionsprozesse – uneindeutig verwendet oder unzureichend geklärt, zugeordnet oder theoretisch begründet. Im Folgenden wird daher zunächst der Versuch einer Systematisierung der Debatte um europäische Identität unternommen.⁷

2.2.1 Ansätze und Theorien zur Untersuchung europäischer Identität

Forschungsergebnisse zu europäischer Identität tragen zur Konzeption und Theoretisierung des Feldes bei und liefern quantitative und qualitative empirische Ergebnisse, wobei viele Beiträge beide Aspekte behandeln. Die konzeptionellen und theoretischen Beiträge lassen sich wiederum in zwei Stränge unterscheiden.

1. Die individualistische Perspektive geht zumeist von den von Easton geprägten Konzeptionen von *identification* und *support* aus (siehe hierzu die Konzepte von Westle 2003a, b; Fuchs et al. 2009; Kaina 2009; Mühler und Opp

⁷In der Literatur gibt es bislang nur wenige Übersichten oder Ordnungsversuche dazu, und die vorhandenen beziehen sich jeweils auf bestimmte Perspektiven: Checkel und Katzenstein (2009) betrachten die historische Entwicklung, Duchesne (2008) untersucht die eher quantitativ-empirischen Beiträge und Liebert (2009) die deutsche Debatte.

- 2006; Duchesne 2008; Lamei 2003; Castano 2004; Herrmann und Brewer 2004; Bruter 2005). Walkenhorst 1999 nimmt in diesem Zusammenhang eine Sonderrolle ein, weil er europäische Identität mit individualistischen Kriterien konzipiert, dann aber eher die Makroebene untersucht).
2. In der Makroperspektive wird europäische Identität vorwiegend mit Blick auf ihre Inhalte und als Sinnmuster betrachtet. Einige Beiträge dieser Richtung haben eine explizit normative Ausrichtung und diskutieren normative Kriterien und Ideale europäischer Identität (siehe hierzu Habermas 1999a, 2001, 2004; Cerutti 2005, 2009; Nida-Rümelin 2007; Meyer 2009; Delanty 1999). Andere Beiträge untersuchen eher die konzeptionelle Ebene (Bauböck et al. 2003; Checkel und Katzenstein 2009; Giesen 2008; Risse 2000, 2003; Pollack 2008; Pfetsch 1998), und wieder andere betrachten die Historizität europäischer Identität und/oder ihre möglichen Inhalte (Giesen und Rauer 2003; Giesen 2008; Strath 2002; Lepsius 1999).

Oftmals, aber nicht notwendigerweise, geht die erkenntnistheoretische Ausrichtung der Beiträge auch mit einer unterschiedlichen Perspektive auf die demokratietheoretische Rolle von Identität einher. So legen auf die Mikroebene zielende Ansätze meist die funktionalistische Perspektive zugrunde und argumentieren, dass ein politisches System politische Identität im Sinne von *identification* und *support* benötigt, um stabil zu sein, sie ist zudem Bedingung für die Akzeptanz von Umverteilungsentscheidungen. Eine breitere Definition von demokratischer Identität als Selbst-Definition eines Demos und Bedingung für demokratische Praxis findet sich in den Beiträgen zur Makroperspektive fast standardmäßig, in Beiträgen aus der individualistischen Perspektive dagegen eher selten.

Entsprechend der unterschiedlichen Untersuchungsperspektiven zu europäischer Identität lassen sich auch die empirischen Ergebnisse in zwei große Gruppen untergliedern: quantitativ-empirische, die die individuelle Ebene betrachten, und qualitativ-empirische, die sich auf die Makro-Ebene und die Rolle von Eliten beziehen.

2.2.2 Wie stellt sich europäische Identität individuell dar? Welche Faktoren beeinflussen sie? Und wie viele gibt es davon? Quantitativ-empirische Ergebnisse

Die quantitativ-empirischen Forschungsergebnisse betrachten primär die Ausprägung von individuellen Einstellungen zur EU sowie die sie bedingenden Faktoren und das Verhältnis von Identifikationen bei multiplen Identitäten, also die Ebene der Bürgerinnen und Bürger. Die Ergebnisse geben aufschlussreiche Anhaltspunkte dazu, wie die Konstruktion europäischer Identität vonstattengehen kann. Allerdings ist hierbei eine wesentliche Einschränkung zu beachten: Die Operationalisierungen und

Indikatoren der jeweiligen Befragungen wurden in der Regel für nationale Identität entwickelt und nicht mit Blick auf die Besonderheiten der EU. Insofern ist fraglich, inwieweit sie europäische Identität tatsächlich adäquat messen; eine Klärung und Operationalisierung der theoretischen Grundlagen dazu steht noch aus (vgl. Duchesne 2008; Bruter 2005, XII; Kaina 2009; Checkel und Katzenstein 2009, S. 10).

Was ergeben die bisher vorliegenden quantitativen Untersuchungen mit Blick auf die Frage nach der Herausbildung und den Inhalten europäischer Identität?

1. Die EU ist eine Blackbox. Die EU-Bevölkerung verbindet nur wenige konkrete Inhalte mit der EU und hat insgesamt ein Informationsdefizit. Dies wurde etwa durch eine Reihe von Eurobarometer-Surveys ab Ende 2003 gezeigt. Sie hielten wesentliche Tendenzen der Meinungsentwicklung zum EU-Verfassungsvertrag fest, analysierten nachträglich die vier Referenden zum EU-Verfassungsvertrag 2005 und erfragten den Informationsstand der EU-Bevölkerung zum Verfassungsvertrag sowie zur EU im Allgemeinen. Zustimmung wie Ablehnung zum Verfassungsvertrag, so stellte sich heraus, beruhten auf eher abstrakten Gründen; der Informationsstand der Befragten über die EU allgemein und den Verfassungsvertrag im speziellen war jedoch sehr gering (Eurobarometer 2004, S. 11 ff.). In den Niederlanden wurde der unzureichende Informationsstand sogar als Hauptgrund für die Ablehnung des Verfassungsvertrages angegeben (32 %; Eurobarometer 2005, S. 15).

Datler, Wallace und Spanning, die die Faktoren untersuchten, die junge Leute dazu bringen, sich mit der EU zu identifizieren, stellten entsprechend fest, dass die Identifikation mit der EU für die Befragten vergleichsweise abstrakt und inhaltsleer war (Datler et al. 2005). Auch Kaina weist auf die verbreitete Unkenntnis der Bürgerinnen und Bürger über die EU hin, die oftmals auch mit einem Desinteresse an der EU einher geht (Kaina 2009, S. 76, 88 f.). Bruter bemerkt daher, die Forschung wisse bis heute nicht genau, was die Menschen überhaupt meinten, wenn sie sagten, dass sie sich als Europäer fühlen würden (Bruter 2005, XII).

Diese Ergebnisse deuten zum einen darauf hin, dass die Inhalte, die von den Bürgerinnen und Bürgern mit der EU verbunden werden, unspezifisch sind. Die EU hat also diesbezüglich eine Funktion als Blackbox, auf die und in die hinein verschiedenste Inhalte projiziert werden können, und diese Rolle sollte zukünftig stärker untersucht werden. Zum anderen relativieren diese Befunde die folgenden quantitativ-empirischen Ergebnisse: Wenn die Menschen nicht wissen, womit sie sich identifizieren, ist auch ein hoher Grad von Identifikation letztlich inhaltsleer.

2. Die Identifikation mit der EU und ihre Unterstützung variieren national. Quantitativ-empirische Ergebnisse zeigen, dass bis zur Finanzkrise etwa die Hälfte der EU-Bürger und -Bürgerinnen eine unspezifische Verbundenheit mit der EU aufwies. So fühlten sich nach den letzten diesbezüglich erhobenen Eurobarometer-Daten vom Herbst 2007⁸ immerhin 49 % der Befragten mit der EU verbunden. Allerdings variierte diese Verbundenheit mit der EU zum einen je nach Mitgliedstaat, also entsprechend der nationalen Kontexte: So sagten zwei Drittel der Belgier (65 %) und Polen (63 %), dass sie sich mit der Europäischen Union verbunden fühlten, aber nur ein Viertel der Zyprioten (25 %), 27 % der Finnen und Briten, und ein Drittel der Niederländer (32 %) und Esten (34 %; Eurobarometer 2008b, S. 67 ff.).

Zudem unterscheidet sich diese Verbundenheit von einer Unterstützung der EU, wie das Beispiel der Niederlande verdeutlicht: Dort fühlte sich nur ein eher kleiner Teil der Befragten mit der EU verbunden, aber nach den gleichen Eurobarometer-Daten vom Herbst 2007 unterstützen 79 % der niederländischen Befragten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU. Dieser Wert wurde nur in Luxemburg mit 82 % Unterstützung übertroffen. Die Schlusslichter bildeten hier Großbritannien (34 %), Lettland (37 %) und Österreich (38 %; Eurobarometer 2008b, S. 71).

Die Unterschiede in der Identifikation mit der EU und ihrer Unterstützung haben Tradition: So ist die Bevölkerung bestimmter Mitgliedsländer wie etwa Großbritanniens seit jeher EU-kritischer eingestellt als die anderer wie etwa die Deutschlands. Dies lässt vermuten, dass nationale Kontexte eine zentrale Rolle für die Entstehung einer Identifikation mit der EU und damit für die Ausbildung einer europäischen Identität haben. Befunde von Pichler und auch Kaina unterstützen dies: Sie stellen fest, dass sich die Individuen stärker mit der EU identifizieren, wenn sie sie positiver einschätzen. Entsprechend sind die Bindungswerte an die EU in den Staaten höher, in denen die Bürger insgesamt eine positivere Einschätzung der EU haben (Pichler 2005; Kaina 2009, S. 112 ff.). Insofern sollten die jeweiligen nationalen Kontexte stärker in den Blick genommen werden.

3. Das Zusammenwirken von nationaler und europäischer Identität kann sich je nach Kontext unterschiedlich gestalten. Das Verhältnis von Identifikation mit der EU und nationaler Identifikation ist aufgrund der bisherigen Ergebnisse nicht eindeutig bestimmbar. Es wurde zwar von verschiedenen Autoren

⁸In den seither publizierten Eurobarometern wurde die Verbundenheit mit der EU nicht mehr erfragt.

betrachtet;⁹ diese stellten aber Unterschiedliches oder sogar sich Widersprechendes fest. Opp wies in einer Panelstudie in Westdeutschland eine positive Beziehung nationaler und europäischer Identität nach (Opp 2005). Mühler und Opp stellen fest, dass die Identifikation mit Regionen einen positiven Zusammenhang mit nationaler und europäischer Identifikation hat (Mühler und Opp 2006). Castano, der Belgien und Italien untersucht hat, findet ebenfalls einen positiven Zusammenhang zwischen nationaler und europäischer sowie zwischen regionaler und nationaler Identität (Castano 2000). Auch Jiménez et al. (2004) stellen einen solchen positiven Zusammenhang zwischen nationaler und europäischer Identität fest. Arts und Halman kommen dagegen zu dem Ergebnis, die europäische Integration werde als Bedrohung für die nationale Identität empfunden (Arts und Halman 2006). McLaren untersuchte den Zusammenhang zwischen der Angst vor dem Verlust der nationalen Identität und der Opposition gegen die EU. Sie stellt fest, dass die Angst, die nationale Identität zu verlieren, keinen Effekt auf die EU-Identifikation habe (McLaren 2004).

Wie lassen sich diese widersprüchlichen Ergebnisse erklären? Da verschiedene Staaten untersucht wurden, ist zu vermuten, dass auch diese Differenzen in den unterschiedlichen nationalen Kontexten und unterschiedlichen politischen Kulturen begründet sind (vgl. Marks und Hooghe 2003). Die Befunde von Westle unterstützen dies: Sie weist nach, dass sich die Identifikation von EU-Bürgern als Europäer dann auf einem niedrigem Niveau bewegt, wenn sie in Konkurrenz zur Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat gestellt wird; dass die verschiedenen Identitätsebenen aber dann verträglich sind, wenn sie sich ergänzen (Westle 2003a). Westle argumentiert daher für ein Kontextmodell der Identitäten: Die Beziehungen zwischen nationaler und europäischer Identifikation seien davon abhängig, in welchen Kontext die Individuen sie stellten. Werde dort ein Gegensatz konstruiert, trete ein Konkurrenzmodell der Identitäten in Kraft; werde dagegen eine positive Beziehung hergestellt, komme ein Konkordanzmodell zum Tragen, bei dem die verschiedenen Identifikationsebenen sich befruchteten und ergänzten. Werde keine Beziehung hergestellt, seien beide unabhängig voneinander (Westle 2003a, S. 474 ff.).

Somit lässt sich die vermutete Beziehung zwischen europäischer und nationaler Identifikation in die Hypothese fassen, dass sich die beiden Identitätsebenen am ehesten dann positiv ergänzen, wenn die Kontexte dies so thematisieren.

⁹Viele hierzu vorliegende Beiträge entstanden im Rahmen des EU-Großprojekts EURO-NAT im fünften Forschungsrahmenprogramm (siehe etwa Kandulla 2004; Sereti und Kokosalakis 2003; Spohn 2002). Im sechsten Rahmenprogramm untersuchte unter anderem das Großprojekt INTUNE diese Fragen.

4. Es gibt unterschiedliche nationale Wahrnehmungsmuster zur EU. Die Bürgerinnen und Bürger der verschiedenen Mitgliedstaaten verbinden teilweise sehr unterschiedliche Charakteristika und Politikinhalt mit der EU. Kaina folgert daraus, dass sich „das kollektive Selbstbild der Europäer nach vorliegenden Befunden offenbar nur auf wenige gemeinsame Wahrnehmungen stützt“ (Kaina 2009, S. 106). Es sei anzunehmen, dass die Charakteristika, die die Bürgerinnen und Bürger mit der EU verbinden, von bestimmten Kontextfaktoren wie den unterschiedlichen Entwicklungsniveaus der Mitgliedstaaten beeinflusst würden (Kaina 2009, S. 101 f.). Auffällig ist dabei, dass in den sechs Gründerstaaten am häufigsten negative Charakteristika mit der EU verbunden werden wie etwa Arbeitslosigkeit, Geldverschwendung, Verlust kultureller Identität oder eine Zunahme an Verbrechen. Insofern erscheint es als besonders relevant, diese unterschiedlichen nationalen Sinnmuster-Konstruktionen zu europäischer Identität zu untersuchen.
5. Die Unterstützung der EU entwickelte sich vom *permissive consensus* zum *constraining dissensus*. Seit den 1990er Jahren ging die Unterstützung des europäischen Integrationsprozesses kontinuierlich zurück: Nicht nur sanken die Unterstützungsraten für die Mitgliedschaft in der EU (siehe dazu ausführlich Kaina 2009, S. 15 ff.); seit dieser Zeit gab es auch eine Reihe negativer Referenden: das erste Maastricht-Referendum in Dänemark, das erste Nizza-Referendum, das erste Lissabon-Referendum in Irland sowie die Referenden zum Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden. Beide Entwicklungen sind Indikatoren dafür, dass die Bevölkerung oftmals die EU und ihre Policies in ihrer aktuellen Ausprägung nur wenig unterstützt. Der „*permissive consensus*“ (Lindberg und Scheingold 1970, S. 40) der ersten Jahrzehnte der europäischen Integration, in dem die Bevölkerung der Mitgliedstaaten den Integrationsprozess schweigend und mehrheitlich unterstützte, wird seit dem Scheitern des ersten Maastricht-Referendums in Dänemark als beendet betrachtet; Hooghe und Marks sprechen bezüglich der Einstellungen der Bevölkerung zur EU inzwischen gar von einem „*constraining dissensus*“ (Hooghe und Marks 2009).

Mithin stellt sich seither aus der funktionalistischen Perspektive auf kollektive Identität zunehmend die Frage nach der für die Stabilität des Systems EU nötigen Akzeptanz und Unterstützung der Bevölkerung (siehe hierzu auch Fuchs et al. 2009; Kaina 2009; Hooghe und Marks 2009). Dabei ging in den sechs Gründerstaaten der EU die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft besonders signifikant zurück (Kaina 2009, S. 21 f., 94). Es würde also nahe liegen, in den Gründerstaaten nach möglichen Ursachen dieser besonders stark sinkenden Identifikation zu suchen.

6. Sozioökonomische Faktoren und Alltagserfahrungen beeinflussen Zustimmung und Vertrauen zur EU. Ältere Daten zeigen bereits, dass sich höhere Arbeitslosigkeit und ökonomische Probleme negativ auf die Identifikation mit der EU auswirken (Immerfall und Sobisch 1997). Entsprechend sank während der Finanzkrise bzw. seit 2008 das Vertrauen der EU-Bürger in die Institutionen der EU kontinuierlich, allerdings auch das in ihre nationalstaatlichen Parlamente und Regierungen. Überproportional sank das Vertrauen in die EU, das viele Jahre deutlich höher lag als das Vertrauen in die mitgliedstaatlichen Institutionen. Im Frühjahr 2012 lag es nur noch bei 31 % im EU-Durchschnitt gegenüber 50 % im Frühjahr 2008 (Eurobarometer 2012, S. 13). Das Vertrauen in die nationalen Parlamente und Regierungen sank nur von 34 % bzw. 32 % 2008 auf jeweils 28 % im Frühjahr 2012 (Eurobarometer 2012, S. 14). Auch die Meinung der Bürgerinnen und Bürger von der EU verschlechterte sich deutlich. Im Frühjahr 2008 rief die EU noch bei 48 % der Eurobarometer-Befragten ein positives Bild hervor, im Frühjahr 2012 war das nur noch bei 31 % der Fall (Eurobarometer 2012, S. 14). Diese Zahlen belegen eine zunehmend und mehrheitlich kritische Einschätzung sowohl der EU als auch ihrer Institutionen und der Institutionen der Mitgliedstaaten während der Finanzkrise.

Seit 2012 verbesserten sich diese Werte jedoch wieder; in der Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2014 rief die EU im Mittel wieder bei 39 % der Befragten ein (eher) positives Bild hervor (Eurobarometer 2014, S. 6). Das Vertrauen in die nationalen Regierungen und Parlamente lag wieder bei 30 % im Mittel und das in die EU bei 37 % im Mittel (Eurobarometer 2014, S. 8). Somit geht mit der wirtschaftlichen Erholung auch eine im EU-Schnitt wieder wohlwollendere Einschätzung der Befragten zur EU und den Institutionen der Mitgliedstaaten einher. Dem entspricht, dass vorteilhafte Alltagserfahrungen mit der EU eine positive Rolle spielen: Schmidberger (1998) etwa weist nach, dass das Leben im deutsch-französischen Grenzgebiet Zugehörigkeitsgefühle zur EU bestärkten. Dies verweist insgesamt darauf, dass Alltagserfahrungen und sozioökonomische Kontexte in die Untersuchung europäischer Identität einzubeziehen sind.

7. Die Identifikation mit und die Zustimmung zur EU variieren nach sozialer Stratifikation. Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind traditionell EU-freundlicher eingestellt als andere. Insbesondere ist hier das Bildungsniveau einer Person entscheidend, aber auch ihr Wohlstandsniveau. Je höher beides, desto wahrscheinlicher ist es, dass jemand die EU unterstützt und umgekehrt. Bereits zu Beginn der 1970er Jahre belegte Inglehart (1970) diese Hypothese; sie wurde seither regelmäßig empirisch untermauert, so etwa durch die beiden Eurobarometer-Surveys

nach den irischen Lissabon-Referenden 2008 und 2009 (Eurobarometer 2008a, 2009). Ein Grund dürfte darin liegen, dass sich die Menschen eher mit der EU identifizieren, wenn sie sich von ihr Gewinne versprechen (Pichler 2005), was in der Tendenz vor allem auf besser Gebildete und Wohlhabendere zutrifft. Somit sind in der Untersuchung europäischer Identität die Auswirkungen sozialer Stratifikation zu beachten.

8. Zwischen den Bevölkerungen der EU-Staaten gibt es Differenzen in der Werteorientierungen. Zumindest bis vor einigen Jahren zeigten sich zwischen den Bevölkerungen „alter“ und „neuer“ Mitgliedstaaten signifikante Differenzen im Hinblick auf die Einstellungen zu demokratischen Grundorientierungen. So verglich etwa Gerhards (2004) die Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern der ersten EU-Mitgliedstaaten mit denen von Beitrittsländern, die 2004, 2007 sowie noch später beitraten, anhand von Daten des European Value Survey von 1999/2000 und stellte fest, dass sich die Werteorientierungen der Mehrheit der Bevölkerung in der EU bereits von denen der Beitrittsländer von 2007, Bulgarien und Rumänien, unterscheiden würden; die Differenzen gegenüber der Türkei seien aber noch größer. Dagegen ließe sich im „Kerneuropa“ der ersten Mitgliedstaaten eine relativ große Homogenität feststellen. Fuchs (2001) kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: Während die Bürger und Bürgerinnen aus den westeuropäischen Staaten bereits gemeinsame Werteorientierungen teilten, bestünden zu den mittel- und osteuropäischen Staaten noch Differenzen. Dieser Bereich ist jedoch nicht sehr weit erforscht¹⁰ und sollte mithin stärker in den Fokus gerückt werden.

2.2.3 Wie stellt sich europäische Identität als Sinnmuster dar und wie wird sie konstruiert? Ergebnisse der makro-orientierten Ansätze

Makro-orientierte Ansätze betrachten bislang weniger die EU-Bürger als die EU-Funktionseleiten und deren Diskurse. Ihre Befunde lassen sich so zusammenfassen:

1. Nationalstaatliche und EU-bezogene Identitätskonstruktionen sind aufeinander bezogen. Diese Bezüge, und dies bestätigt den quantitativen Befund, können sowohl positiv als auch negativ aufgeladen werden (siehe etwa Weiss 2003;

¹⁰Dies überrascht nur wenig, da das Eurobarometer keine Fragen zu diesem Bereich enthält. Auch das International Social Survey Programme (ISSP) enthält keine Fragen zu Werteorientierungen, während der European Social Survey (ESS) Werte erfragt, aber wiederum keine Fragen zu Identifikation enthält. Zudem enthalten weder das ISSP noch der ESS Fragen zu Identifikation mit der EU.

Marcussen et al. 2001; Schmidt 1997, 2004, 2006). Mithin ist zu untersuchen, ob nationale und europäische Identitätskonstruktionen positiv, negativ oder neutral aufeinander bezogen werden.

2. Identitätskonstruktionen auf EU-Ebene weisen in der Art der Konstruktion, der Abgrenzung nach außen bzw. der Rolle eines Anderen und im Rekurs auf Gründungsmythen Ähnlichkeiten zu nationalen Identitätskonstruktionen auf. Wie nationale werden supranationale Identitäten sowohl diskursiv hergestellt als auch durch institutionelle Praxen und sozioökonomische Strukturen definiert (Puntscher-Riekmann und Wodak 2003, S. 284 ff.; Lepsius 1999, S. 202 ff.). Und wie bei der Konstruktion innernationaler Identitäten spielt in der EU die diskursive Abgrenzung nach außen eine entscheidende Rolle. So grenzten sich in einer Interviewserie EU-Parlamentarier regelmäßig von den USA oder auch von Japan ab (Puntscher-Riekmann und Wodak 2003, S. 284 ff.; Pantel 1999, S. 52 ff.).

Europäische Identitäten bedienen also, wie auch nationale, ein Wechselspiel zwischen Inklusion und Exklusion. Dabei ist allerdings kein einheitliches „Anderes“ der EU erkennbar (vgl. Smith 1992), es gibt vielmehr verschiedenste Abgrenzungen.

In der Konstruktion europäischer Identität ist der Rekurs auf einen Gründungsmythos immer wieder wichtig, auch wenn dieser, etwa im Sinne der EU als „Garant des Friedens“, nicht direkt auf eine gemeinsame Geschichte bezogen, sondern zukunftsgerichtet ist (Pantel 1999; Puntscher-Riekmann und Wodak 2003, S. 284 ff.; Weiss 2003). In der Debatte um die Zukunft der EU variiert schließlich – ebenso wie in den meisten Nationalstaaten – der Bezug auf staatsnationale und kulturnationale Elemente (Puntscher-Riekmann und Wodak 2003, S. 284 ff.). Mithin ist die Bedeutung institutioneller Praxen wie Abgrenzungen oder der Rekurs auf Gründungsmythen in der Konstruktion europäischer Identität zu beachten.

3. Eliten haben eine zentrale Rolle in der diskursiven Konstruktion europäischer Identität. Verschiedenste Studien (vgl. Diez Medrano 2009; Schmidt 2006; Weiss 2003; Banchoff 1999; Seidendorf 2007) zeigen, dass Akteure in Politik und Verwaltung sowohl auf EU-Ebene (also beispielsweise in Kommission und EP) als auch auf nationaler Ebene an der diskursiven Konstruktion europäischer Identität beteiligt sind, allerdings zum Teil auf unterschiedliche oder sogar gegenläufige Art. Die EU-Kommission etwa betont Symbole wie Flaggen oder den Europatag sowie kulturelle und wissenschaftliche Austauschprogramme, die zur Identitätsbildung beitragen sollen. Sie versucht damit, für die EU einen positiven, in der Geschichte begründeten, aber auch zukunftsgerichteten Inhalt zu konstruieren, der sich an einem expliziten Leitbild zur europäischen Identität orientiert, der

„Einheit in Vielheit“ (Pantel 1999, S. 52 ff.). Dagegen spiegelt sich in den Konstruktionsversuchen nationaler Eliten zweierlei: Zum einen sind diese oftmals sehr viel ambivalenter, enthalten nicht nur einhellig Positives, sondern auch Kritisches, und zum anderen unterscheiden sie sich je nach Heimatstaat der Beteiligten (siehe etwa Banchoff 1999; Waever 2005; Hörber 2006; Marcussen et al. 2001; Schmidt 1997, 2004, 2006; Stahl 2007a, b).

Weiss hat Reden hochrangiger Politiker aus Deutschland und Frankreich zur EU analysiert. Dabei stellte er einige Gemeinsamkeiten fest: Die Rednerinnen und Redner versuchten jeweils, der EU einen Sinn zu geben und Vorschläge zu ihrer Organisation und Weiterentwicklung zu machen. Alle bezeichneten die weitere Integration der EU in irgendeiner Form als historische Notwendigkeit; häufig wurde Bezug auf die europäischen Gründungsväter genommen. Allerdings ließen sich in den Reden auch nationale Besonderheiten feststellen. So dominierte bei Jacques Chirac und Lionel Jospin das Bild von Europa als Prozess oder Projekt, dem ein politischer und meist auch visionärer Charakter zugeschrieben wurde. Bei Joschka Fischer und Gerhard Schröder lag dagegen das Hauptaugenmerk auf dem Begriff der Integration, und zwar in Bezug auf die institutionelle Organisation, die Osterweiterung der EU und die Idee des Verfassungspatriotismus (Weiss 2003, S. 183 ff.). Insofern sollte die Rolle von politischen Eliten untersucht werden, wobei deren Status und die nationalen Kontexte berücksichtigt werden müssen.

4. Nationale Eliten-Europadiskurse und -konzepte haben eine zentrale Funktion in der Konstruktion europäischer Identität. Durch die unterschiedlichen nationalen Europadiskurse, die die regierenden nationalen Eliten über Jahre vertraten und fortschrieben, entstanden verschiedene nationale Eliten-Europakonzepte. Sie unterscheiden sich in ihren Ursprüngen, Motiven und Ausrichtungen, denn sie müssen mit den jeweiligen Interessen der nationalen Eliten, aber auch mit den nationalen Identitätsdiskursen kompatibel sein (siehe zu nationalen Europakonzepten Baasner 2008; Banchoff 1999; Bayrak 2002; Diez 1995, 1999; Diez Medrano 2003; Hörber 2006; Jachtenfuchs 2002; Jung 1999; Larsen 1997; Marcussen et al. 2001; Sauder 1995; Schmidt 1997, 2004, 2006; Seidendorf 2007; Stahl 2007b; Waever 2005). Je nach nationalem Kontext konstruieren die Eliten-Europakonzepte harmonische, ambivalente oder eher gegensätzliche Beziehungen zwischen europäischer und nationaler Identität. Deutschland, Frankreich und Großbritannien sind Beispiele für sehr unterschiedliche nationale Eliten-Europakonzepte sowie differierende Strategien diskursiver Veränderung. So war in Frankreich lange Zeit ein gaullistisches Europakonzept vorherrschend, in dem Frankreichs Souveränität, Einzigartigkeit und *grandeur* im Vordergrund standen und Frankreich eher im Gegensatz

zum Rest Europas gesehen wurde. Ab Beginn der 1970er Jahre entwickelten die französischen politischen Eliten jedoch einen positiven Europabezug. Eine zentrale Veränderung im Elitendiskurs trat dann zu Beginn der 1980er Jahre mit der Präsidentschaft Mitterands ein: Die Sozialisten prägten die Idee, dass Frankreichs Zukunft in Europa liege. Es entwickelte sich ein spezifisches Europakonzept, bei dem die französische *mission civilisatrice* gegenüber der EU im Vordergrund stand. Die EU blieb aber Instrument der französischen Souveränität (vgl. Sauder 1995; Hörber 2006; Marcussen et al. 2001; Schmidt 2006; Jachtenfuchs 2002; Banchoff 1999; Jung 1999; Rozenberg 2014).

Das prägende Motiv des deutschen EU-Elitenkonzepts ist dagegen die positive Ausrichtung auf die europäische Integration als Chance für eine schnelle Normalisierung des deutschen Status quo und für ein beschleunigtes ökonomisches Wachstum. Die christlich-demokratischen Parteien betonten deshalb bereits unmittelbar nach dem Krieg die europäische Einigung als Alternative zum Nationalismus und Nationalsozialismus der Vergangenheit, aber auch zum Kommunismus. Christentum, Demokratie und soziale Marktwirtschaft wurden zu Kernbestandteilen der deutschen Europaerzählung. Die oppositionellen Sozialdemokraten vertraten dagegen bis in die 1960er Jahre hinein das Ideal eines Dritten Weges für Europa. Sie waren sich jedoch mit den Christdemokraten in einem Punkt einig: „Europe’s other was Nazi Germany“ (Marcussen et al. 2001, S. 110). Seit den 1960er Jahren entwickelte sich mit der Veränderung der Position der Sozialdemokraten ein die politischen Lager übergreifender Elitenkonsens in Deutschland, der sich bis heute nicht geändert hat (obwohl er gerade in jüngster Zeit deutlich angegriffen wird): Nur die weitere Integration innerhalb der EU könne Deutschland fest im Westen verankern und den Frieden sichern (vgl. Sauder 1995; Hörber 2006; Marcussen et al. 2001; Schmidt 2006; Jachtenfuchs 2002; Banchoff 1999; Jung 1999).

Das britische Europa-Elitenkonzept hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg kaum geändert: Großbritanniens Verhältnis zur EU ist ambivalent. In britischen Europadiskursen werden sowohl Vorstellungen der britischen Besonderheit deutlich als auch eine alte Reserviertheit gegenüber dem so genannten „Kontinent“: A „free England defying an unfree continent. There is still a feeling of ‘them’ versus ‘us’“ (Marcussen et al. 2001, S. 112). Im Gegensatz zu den deutschen und französischen haben die britischen politischen Eliten nie konsequent versucht, diese Jahrhunderte alten Identitätskonzepte zu verändern (Diez Medrano 2003; Hörber 2006; Larsen 1997; Marcussen et al. 2001). EU-kritische Diskurse oder Motive nationaler Eliten thematisieren somit oftmals spezifisch nationale Ambivalenzen, Kritik an der EU oder Abgrenzung. In Pro-EU-Elitendiskursen wird europäische Identität durch eine Abgrenzung

nach außen hergestellt und auf einen oder mehrere Gründungsmythen bezogen. Nationale Europa-Elitenkonzepte können relativ stabil oder aber veränderlich sein. Somit sollten die Spezifika nationaler Europadiskurse stärker beleuchtet und verglichen werden.

Nationale Europa-Elitendiskurse können Legitimitätsglauben, Identifikation und Unterstützung beeinflussen (vgl. Diez Medrano 2003; Banchoff 1999; Gaffney 1999; Schild 2002; Schmidt 1997, 2004, 2006). Jedoch ist nicht in einem verkürzenden *top-down*-Modell davon auszugehen, dass die Elitendiskurse direkt Legitimation erzeugen würde. Dieses Modell unterschlägt die wesentliche *bottom-up* Komponente der Entstehung von Legitimitätsglauben, also das Ausmaß und die Aktivität der Bürgerinnen und Bürger bei der Aneignung und Gestaltung von Legitimitätsglauben an die EU (siehe dazu ausführlich Wiesner 2014a). Dies sollte bei Untersuchungen immer mit im Fokus stehen.

5. Es gibt gegenläufige und kontroverse Konstruktionen nationaler Europakonzepte. Es zeigt sich in neuerer Zeit, dass in den nationalen Elitendiskursen nicht nur unterschiedliche Inhalte mit der EU verbunden werden, sondern dass es auch gegenläufige Konstruktionsversuche gibt, und zwar sowohl EU-weit (so unterscheiden sich etwa die Positionen zum Laizismus oder zur Abtreibung der französischen und der polnischen politischen Eliten immer noch diametral, unabhängig davon, wer gerade regiert) als auch national (die Europadiskurse der ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk und Jaroslaw Kaczynski unterscheiden sich z. B. grundsätzlich). Auch wird die wachsende Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der EU politisch und diskursiv aufgegriffen: Das Ende des *permissive consensus* brachte nämlich nicht nur einen Einbruch bei deren Identifikation mit der EU, sondern auch euroskeptische politische Bewegungen und Akteure, die dies für sich nutzten. So ist eine Zunahme EU-kritischer Äußerungen von Politikerinnen und Politikern zu verzeichnen. Euroskeptizismus findet sich inzwischen mehr oder weniger ausgeprägt in fast allen Mitgliedstaaten der EU (siehe die Beiträge bei Fuchs et al. 2009; Harmsen und Spiering 2004; Sczerbiak und Taggart 2008). Oftmals sind dessen Protagonisten in der Opposition, mitunter jedoch auch in der Regierung wie etwa der bis 2013 amtierende tschechische Präsident Vaclav Klaus. Die nationalen Europakonzepte, die im Elitendiskurs konstruiert und aufgenommen werden, sind also weder unveränderlich noch sind sie immer langfristig dominierend. Vielmehr sind sie stets umstritten, auch auf der Eliterebene. Allerdings variieren die Grade der Konfliktgeladenheit. Insofern sollten Konflikte um europäische Identitätskonstruktionen besonders in den Fokus der Forschung rücken.

6. Die starke Rolle politischer Eliten in der diskursiven Konstruktion europäischer Identität hat eine Kehrseite: Die Bürgerinnen und Bürger sind an diesen Konstruktionsprozessen noch kaum beteiligt (vgl. Diez Medrano 2009). Auch die Rezeption der nationalen Elitendiskurse ist bislang noch wenig untersucht worden. Juan Diez Medranos Befunde zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger die nationalen Elitendiskurse relativ genau rezipieren und sich in ihren eigenen Europainterpretationen darauf beziehen; allerdings kann dieser Bezug in identifizierender wie in abgrenzender Weise stattfinden (Diez Medrano 2003). Es wäre somit ein lohnendes Unterfangen, auch die Rolle der Bürgerinnen und Bürger in der Konstruktion europäischer Identität stärker in den Blick zu nehmen. Insgesamt zeigen die Ergebnisse sehr deutlich, dass die Inhalte europäischer Identität – oder konkreter ausgedrückt das, wofür die EU steht, womit sie verbunden, womit sie aufgeladen wird – derzeit nicht nur offen, sondern sogar umkämpft sind.

3 Was ist europäische Identität? Eine Arbeitsdefinition

Die diskutierten Problemstellungen und Ergebnisse lassen sich nun abschließend auf die normativ-demokratiethoretischen Ausgangsüberlegungen beziehen und in eine Arbeitsdefinition der europäischen Identität, ihrer Untersuchung, ihrer Entstehung und den sie bedingenden Faktoren zusammenfassen.

Zur normativ-demokratiethoretischen Rolle von europäischer Identität sind zunächst folgende normativ-theoretisch begründeten Ausgangspositionen festzuhalten:

1. Demokratie beruht auf drei Dimensionen: einer Input-Dimension, einer institutionellen Dimension und einer Output-Dimension. Alle drei bedürfen demokratischer Identität.
2. Die EU ist eine politische Einheit, eine Polity – und nicht ethnisch, kulturell oder religiös definiert. Ihre Identität muss also demokratisch-politisch sein.
3. Die EU steht nicht mehr am Anfang ihrer Demokratieentwicklung. Sie ist vielmehr, trotz ihrer nach wie vor vorhandenen Defizite und Probleme, das derzeit am weitesten entwickelte und am stärksten integrierte real existierende Beispiel einer demokratisch organisierten supra- und transnationalen Polity.
4. Eine weitere Demokratisierung der EU ist jedoch erforderlich, a) weil sie in starkem Ausmaß in das Alltagsleben ihrer Bürgerinnen und Bürger eingreift; b) weil die Europäische Integration derzeit zu einem Netto-Verlust an demokratischer

Legitimation in zweifacher Hinsicht führt: Die Exekutive wird gegenüber der Legislative gestärkt und die institutionelle und die Output-Dimension nehmen gegenüber der Input-Dimension zu; c) weil angesichts des hohen Integrationsgrades der EU und des fortschreitenden Kompetenzverlustes der Mitgliedstaaten ein Rekurs auf die Demokratien der Mitgliedstaaten oder deren Stärkung nicht ausreicht, vielmehr muss auch eine Demokratisierung auf EU-Ebene stattfinden.

5. Eine Demokratisierung auf EU-Ebene muss auch auf eine Stärkung der Input-Legitimation der EU rekurrieren.

Daraus folgen normativ-theoretische Anforderungen an europäische Identität:

1. Eine Demokratisierung der EU und die Ausbildung einer signifikanten Input-Dimension machen eine Stärkung europäischer Identität in dem Sinne nötig, als die demokratischen Institutionen und Verfahren der EU von einem demokratischen Subjekt, einem Demos, getragen werden, der sich in einem Mindestmaß selbst als solcher definiert (Beziehung Bürger-Bürger) und mit der Polity EU identifiziert (Beziehung Bürger-Polity) und ein Mindestmaß an kollektiv oder mehrheitlich geteilten Zuschreibungen von politisch-demokratischen Bedeutungsgehalten an die EU entwickelt.
2. Europäische Identität ist aus demokratietheoretischer Sicht zu verstehen als Selbstdefinition des EU-Demos, also als ein Bewusstsein von und eine Identifikation mit der EU-Ebene, auf die sich Rechte und demokratische Praxis beziehen, sowie eine gegenseitige Identifikation und Anerkennung der Demos-Mitglieder.
3. Eine solche demokratische Identität wird nicht nur als Voraussetzung für die Stabilität der EU als politisches System betrachtet sondern auch als Bedingung für die Entstehung demokratischer Praxis.
4. Die politisch-demokratischen Bedeutungsgehalte europäischer Identität müssen es ermöglichen, konfligierende Identitäten und Werthaltungen und unterschiedliche Ebenen von Identitäten auszubalancieren. Es muss mithin eine differenzfreundliche Mehrebenen-Identität entstehen, die auf einem begrenzten Set politisch-demokratischer Bedeutungsgehalte basiert. Dies bedeutet nicht, dass ethnische oder kulturelle Identitäten für europäische Identität nicht von Belang sind. Vielmehr ist das zentrale Argument, dass eine tragfähige europäische Identität auf einer gemeinsamen politisch-demokratischen Basis diese Differenzen integrieren kann.

Weiterhin ergibt sich folgende Arbeitsdefinition zu den Konstruktionsprozessen und der Untersuchung europäischer Identität:

1. Europäische Identität ist eine Form kollektiver Identität. Die EU-Bürger müssen ihre Identität, d. h. ihre Gemeinsamkeiten, selbst hervorbringen, also sozial konstruieren. Im Zuge dieser sozialen Konstruktion wird die EU mit verschiedenen Bedeutungsgehalten aufgeladen.
2. Europäische Identität wird durch zwei Dimensionen geprägt: Sie ist durch individuelle Identifikationen bedingt und sie ist auch Sinnmuster, also ein den individuellen Identifikationen übergeordnetes Makro-Phänomen.
3. Europäische Identität ist mithin zu untersuchen mit Blick auf die soziale Konstruktion sowohl ihrer Mikro-Komponente (individuelle Identifikationen und Einstellungen) als auch ihrer Makrokomponente (ihre Bedeutungsgehalte und ihre Rolle als Sinnmuster).
4. Die Bedeutungsinhalte europäischer Identität sind dabei im Sinne Poppers als Produkte des menschlichen Geistes zu interpretieren, die unabhängig von den Denk- beziehungsweise Identifikationsprozessen der Individuen existieren und Einfluss auf die materielle Welt haben können.

Quantitativ-empirische wie auch diskursanalytische Ergebnisse zur Entstehung europäischer Identität haben weiterhin gezeigt, dass in der sozialen Konstruktion europäischer Identität nationale Kontexte und konkrete Erfahrungen, die der EU zugeschrieben werden, eine zentrale Rolle spielen:

1. Die EU ist eine Blackbox: Die Bürgerinnen und Bürger verbinden nur wenige konkrete Inhalte mit ihrer Identifikation mit der EU ist deshalb oft vergleichsweise abstrakt und inhaltsleer.
2. Es gibt unterschiedliche nationale Grade der Identifikation und unterschiedliche Wahrnehmungsmuster der EU in den EU-Staaten und dabei eine besonders stark sinkende Zustimmung in den sechs Gründerstaaten.
3. Nationale Kontexte spielen eine wichtige Rolle bei der Ausprägung von Identifikation mit der EU sowie hinsichtlich der Unterstützung der EU und des Vertrauens zu ihr.
4. Werteorientierungen innerhalb der EU unterscheiden sich nach nationaler Zugehörigkeit.
5. Es gibt kein generelles, EU-weites Muster für die Beziehungen zwischen nationalen und EU-bezogenen Identifikationen und Einstellungen.
6. Quer zu den nationalen Einflüssen steht die soziale Stratifikation: Gebildete und Wohlhabende identifizieren sich EU-weit und unabhängig von der nationalen Zugehörigkeit stärker mit der EU als weniger gebildete und ärmere Personen.
7. Auch beeinflussen EU-weit und unabhängig von der nationalen Zugehörigkeit konkrete Policy-Outputs (Finanzkrise, Arbeitslosigkeit) wie auch

- Alltagserfahrungen die Zustimmung zur und das Vertrauen in die EU positiv bzw. negativ.
8. In der Konstruktion europäischer Identität spielen weiterhin institutionelle Praxen, diskursive Abgrenzungen und Gründungsmythen wesentliche Rollen.
 9. In der diskursiven Konstruktion europäischer Identitätskonzepte haben politische Eliten eine entscheidende Rolle; sie wirken allerdings je nach politischer Ebene (EU/Nationalstaat) und Rolle (Regierung/Opposition) unterschiedlich.
 10. Nationale Eliten-Europadiskurse können Identifikationen und Legitimitätsglauben beeinflussen. Diese Prozesse haben allerdings sowohl eine top-down-Komponente (von den Eliten zu den Bürgerinnen und Bürgern) als auch eine bottom-up-Komponente (von den Bürgerinnen und Bürgern zu den Eliten): Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Legitimitätskonzepte aktiv unterstützen und annehmen, damit sie tragfähig werden.
 11. Die nationalen Europakonzepte, die im Elitendiskurs konstruiert und aufgenommen werden, sind stets veränderlich und umstritten, auch auf der Elitenebene. Allerdings variieren die Grade der Konfliktgeladenheit. Die EU-kritischen Diskurse oder Motive nationaler Eliten thematisieren dabei oftmals spezifisch nationale Ambivalenzen, Kritik oder Abgrenzung gegenüber der EU; in EU-freundlichen Elitendiskursen wird europäische Identität eher zur Abgrenzungen der EU nach außen genutzt und auf einen oder mehrere Gründungsmythen bezogen.
 12. Die Bürgerinnen und Bürger sind an den diskursiven Prozessen der europäischen Identitätskonstruktionen noch kaum beteiligt.

Daraus ergeben sich abschließend weitere Folgerungen für das Entstehen und die Stabilität von europäischer Identität als Mehrebenenidentität:

Die Entstehung und das Bestehen europäischer Identität ist durch eine positive Beziehung zwischen nationalen und europäischen Identitäten bedingt, das heißt: Die Entstehung europäischer Identität ist an nationale Identitätsmuster gebunden; nationale Kontexte beeinflussen diese wahrscheinlich signifikant. Es ist anzunehmen, dass sich beide Identitätsebenen dann positiv ergänzen, wenn die (nationalen) Kontexte das so thematisieren.

Europäische Identität ist damit nur als Mehrebenensystem verschiedener, positiv aufeinander bezogener Identitätsebenen tragfähig. Gibt es hier umgekehrt Konflikte, beeinflusst dies vermutlich die Ausbildung europäischer Identität negativ. Eine entscheidende Frage ist damit, wie diese Ebenen in der sozialen Konstruktion von europäischer Identität aufeinander bezogen werden, bzw. ob dies positiv, abgrenzend oder wertneutral geschieht.

Literatur

- Abromeit, Heidrun. 1998. *Democracy in Europe. Legitimising politics in a non-state polity*. New York: Berghahn Books.
- Albert, Gerd. 2005. Moderater methodologischer Holismus. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (3): 387–413.
- Albert, Gerd. 2007. Keines für Alle! *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (2): 340–349.
- Anderson, Benedict. 2006. *Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism*. London: Verso (Rev. Aufl.).
- Arts, Wil, und Loek Halman. 2006. National identity in Europe today. What people feel and think. *International Journal of Sociology* 35 (4): 69–93.
- Baasner, Frank, Hrsg. 2008. *Von welchem Europa reden wir? Reichweiten nationaler Europadiskurse*. Baden Baden: Nomos.
- Banchoff, Thomas. 1999. National identity and EU legitimacy in Germany and France. In *Legitimacy and the European Union. The contested polity*, Hrsg. Thomas Banchoff und Mitchell P. Smith, 180–198. London: Routledge.
- Barber, Benjamin R. 1994. *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg: Rotbuch.
- Bauböck, Rainer, Monika Mokre, und Gilbert Weiss. 2003. Nun wächst zusammen, was noch nie zusammen gehörte. In *Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen*, Hrsg. Monika Mokre, Gilbert Weiss, und Rainer Bauböck, 9–21. Frankfurt a. M.: Campus.
- Bayrak, Zeynep. 2002. *Le débat français sur la Constitution Européenne depuis le Traité de Maastricht, Mémoire de DEA*. Paris: Institut des Études Politiques.
- Beetham, David, und Christopher Lord. 1998. Legitimacy and the European Union. In *Political theory and the European Union*, Hrsg. Albert Weale und Michael Nentwich, 15–33. London: Routledge.
- Bellamy, Richard, und Dario Castiglione. 2003. Legitimizing the Euro-‘Polity’ and its ‘Regime’. The normative turn in EU studies. *European Journal of Political Theory* 1 (2): 7–34.
- Benhabib, Seyla, Hrsg. 1996. *Democracy and difference*. Princeton: Princeton Univ. Press.
- Brubaker, Rogers, und Frederick Cooper. 2000. Beyond ‘identity’. *Theory and Society* 29 (1): 1–47.
- Bruter, Michael. 2005. *Citizens of Europe? The emergence of a mass European identity*. Houndsmills: Palgrave Macmillian.
- Castano, Emanuele. 2000. European identity. A social-psychological perspective. IDNET Conference “Europeanization and multiple identities”. Ohio State University. Conference Paper EUR/71, 9–10 June 2000.
- Castano, Manuele. 2004. European identity: A social-psychological perspective. In *Trans-national identities. Becoming European in the EU*, Hrsg. Richard Herrmann, Thomas Risse, und Marylinn B. Brewer, 40–58. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Cerutti, Furio. 2005. Gibt es eine politische Identität der Europäer? In *Europäische Identitäten – eine europäische Identität?*, Hrsg. Simon Donig, Tobias Meyer, und Christiane Winkler, 128–151. Baden-Baden: Nomos.

- Cerutti, Furio. 2009. Warum sind in der Europäischen Union politische Identität und Legitimität wichtig? In *Europäische Identität als Projekt. Innen- und Außensichten*, Hrsg. Thomas Meyer und Johanna Eisenberg, 249–267. Wiesbaden: VS Verlag.
- Checkel, Jeffrey T., und Peter Katzenstein. 2009. The politicization of European Union identities. In *European identity*, Hrsg. Jeffrey T. Checkel und Peter Katzenstein, 1–25. Cambridge: Cambridge University Press. assets.cambridge.org/97805218/83016/frontmatter.pdf. Zugegriffen: 9. Sept. 2016.
- Datler, Georg, Claire Wallace, und Reingard Spannring. 2005. What leads young people to identify with Europe? An exploration of “exposure” to Europe and resources for identification among young Europeans. *Reihe Soziologie* 69. <http://www.ihs.ac.at/publications/soc/rs69.pdf>. Zugegriffen: 9. Sept. 2016.
- Delanty, Gerard. 1999. Die Transformation nationaler Identität und die kulturelle Ambivalenz europäischer Identität. Demokratische Identifikation in einem postnationalen Europa. In *Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*, Hrsg. Rien T. Segers und Reinhold Viehoff, 267–288. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Diez Medrano, Juan. 2003. *Framing Europe*. Princeton: Princeton University Press.
- Diez Medrano, Juan. 2009. The public sphere and the European Union’s political identity. In *European identity*, Hrsg. Jeffrey T. Checkel und Peter Katzenstein, 81–107. Cambridge: Cambridge University Press. assets.cambridge.org/97805218/83016/frontmatter.pdf. Zugegriffen: 9. Sept. 2016.
- Diez, Thomas. 1995. *Neues Europa, altes Modell. Die Konstruktion von Staatlichkeit im politischen Diskurs zur Zukunft der europäischen Gemeinschaft*. Frankfurt a. M.: Haag u. Herchen.
- Diez, Thomas. 1999. *Die EU lesen. Diskursive Knotenpunkte in der britischen Europadebatte*. Opladen: Leske + Budrich.
- Duchesne, Sophie. 2008. Waiting for European identity... Preliminary thoughts about the identification process with Europe. *Perspectives on European Politics and Society* 9 (4): 397–410.
- Easton, David. 1953. *The political system. An inquiry into the state of political science*. New York: Knopf.
- Easton, David. 1965a. *A framework for political analysis*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall (Nachdr.).
- Easton, David. 1965b. *A systems analysis of political life*. New York: Wiley.
- Easton, David. 1975. A re-assessment of the concept of political support. *British Journal of Political Science* 5 (4): 435–457.
- Eriksen, Erik O., und John Erik Fossum. 2004. Europe in search for legitimacy: Strategies of legitimation assessed. *International Political Review* 25 (4): 435–459.
- Esser, Hartmut. 2001. *Sinn und Kultur*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Eurobarometer. 2004. Flash Eurobarometer 159. The future European constitution. http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl159_fut_const.pdf. Zugegriffen: 9. Sept. 2016.
- Eurobarometer. 2005. Flash Eurobarometer 172. The European constitution: Post-referendum survey in the Netherlands. http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl172_en.pdf. Zugegriffen: 9. Sept. 2016.
- Eurobarometer. 2008a. Flash Eurobarometer 245. Post-referendum survey in Ireland. http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_245_full_en.pdf. Zugegriffen: 9. Sept. 2016.

- Eurobarometer. 2008b. Standard Eurobarometer 68. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb68/eb_68_de.pdf. Zugegriffen: 9. Sept. 2016.
- Eurobarometer. 2009. Flash Eurobarometer 284. Lisbon treaty post-referendum survey Ireland 2009. http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_284_en.pdf. Zugegriffen: 9. Sept. 2016.
- Eurobarometer. 2012. Standard Eurobarometer 77. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Erste Ergebnisse. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb77/eb77_first_de.pdf. Zugegriffen: 9. Sept. 2016.
- Eurobarometer. 2014. Standard Eurobarometer 82. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Erste Ergebnisse. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb82/eb82_first_de.pdf. Zugegriffen: 9. Sept. 2016.
- Føllesdal, Andreas, und Simon Hix. 2006. Why there is a democratic deficit the EU: A response to Majone and Moravcsik. *Journal of Common Market Studies* 44 (3): 533–562.
- Føllesdal, Andreas, und Peter Koslowski, Hrsg. 1997. *Democracy and the European Union*. Berlin: Springer.
- Fraser, Nancy. 1996. Equality, difference, and radical democracy. In *Radical democracy: Identity, citizenship and the state*, Hrsg. David Trend, 197–208. London: Routledge.
- Fuchs, Dieter. 1989. *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, Dieter. 2001. EU oder europäisches Volk. Kollektive Identität und Osterweiterung. *WZB-Mitteilungen* 92:8–12.
- Fuchs, Dieter, Antoine Roger, und Raul Magni-Berton. 2009. European cleavage, euro-scepticism and support of the EU: A conceptual discussion. In *Euro-scepticism: Images of Europe among mass publics and political elites*, Hrsg. Dieter Fuchs, Antoine Roger, und Raul Magni-Berton, 9–34. Opladen: Leske + Budrich.
- Gabriel, Oscar W. 1987. *Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gaffney, John. 1999. Political rhetoric and the legitimation of the European Union. In *Legitimacy and the European Union. The contested polity*, Hrsg. Thomas Banchoff und Mitchell P. Smith, 199–211. London: Routledge.
- Gellner, Ernest. 1983. *Nations and nationalism*. Ithaca: Cornell University Press.
- Gerhards, Jürgen. 2004. Europäische Werte. Passt die Türkei kulturell zu Europa? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2004 (B 38): 14–20.
- Giesen, Bernhard. 2008. Europäische Identität und intellektueller Diskurs. Eine historische Perspektive. In *Soziale Konstellation und historische Perspektive. Festschrift für M. Rainer Lepsius*, Hrsg. Steffen Sigmund, Gert Albert, Agathe Bienfait, und Mateusz Stachura, 323–340. Wiesbaden: VS Verlag.
- Giesen, Bernhard, und Valentin Rauer. 2003. European identity, visions of Europe, and historical memory. In *Europeanization, collective identities and public discourse (IDNET). Final report*, Hrsg. Matthias L. Maier und Thomas Risse, 33–43. Ohne Ort: European University Institute.
- Goodhart, Michael. 2007. Europe's democratic deficits through the looking glass: The European Union as a challenge for democracy. *Perspectives on Politics* 5 (3): 567–584.

- Greven, Michael T. 1998. Mitgliedschaft, Grenzen und politischer Raum: Problemdimension der Demokratisierung der Europäischen Union. In *Regieren in entgrenzten Räumen*, Hrsg. Beate Kohler-Koch, 249–270. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Habermas, Jürgen. 1976. Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden? In *Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus*, Hrsg. Jürgen Habermas, 92–126. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1999a. Braucht Europa eine Verfassung? Eine Bemerkung zu Dieter Grimm. In *Die Einbeziehung des Anderen*, 185–191. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1999b. *Die Einbeziehung des Anderen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 2001. Euroskepsis, Markteuropa, oder Europa der (Welt-)Bürger. In *Zeit der Übergänge*, 85–103. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 2004. Ist die Herausbildung einer europäischen Identität nötig, und ist sie möglich? In *Der gesplittene Westen*, Hrsg. Jürgen Habermas, 68–82. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Haller, Max. 2009. *Die Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums?* Wiesbaden: VS Verlag.
- Harmen, Robert, und Menno Spiering, Hrsg. 2004. *Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration*. Amsterdam: Rodopi.
- Herrmann, Richard K., und Marilyn B. Brewer. 2004. Identities and institutions: Becoming European in the EU. In *Transnational identities. Becoming European in the EU*, Hrsg. Richard Herrmann, Thomas Risse, und Marilyn B. Brewer, 1–22. Lanham: Lowman & Littlefield.
- Hix, Simon. 2008. *What's wrong with the European Union and how to fix it*. Cambridge: Polity Press.
- Hobsbawm, Eric J. 2008. *Nations and nationalism since 1780. Programme, myth, reality*, 15. Aufl. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Hooghe, Liesbet, und Gary Marks. 2009. A postfunctionalist theory of European integration: From permissive consensus to constraining dissensus. *British Journal of Political Science* 39 (1): 1–23.
- Hörber, Thomas. 2006. *The foundations of Europe. European integration ideas in France, Germany and Britain in the 1950s*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Immerfall, Stefan, und Andrea Sobisch. 1997. Europäische Integration und europäische Identität. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 47 (B10): 25–37.
- Inglehart, Roland. 1970. Cognitive mobilization and European identity. *Comparative Politics* 3 (1): 45–70.
- Jachtenfuchs, Markus. 2002. *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung*. Baden-Baden: Nomos.
- Jiménez, Antonia M. R., Jaroslaw J. Górniak, Ankica Koscic, Paszkal Kiss, und Maren Kandulla. 2004. European and national identities in EU's old and new member states: Ethnic, civic, instrumental and symbolic components. <http://eiop.or.at/eiop/texte/2004-011a.htm>. Zugegriffen: 9. Sept. 2016.
- Jung, Sabine. 1999. *Europa, made in France. Eine Analyse des politischen Diskurses Frankreichs zur Zukunft der europäischen Gemeinschaft – von den Anfängen bis heute*. Baden-Baden: Nomos.
- Kaelble, Hartmut. 2009. Identification with Europe and politicization of the EU since the 1980s. In *European identity*, Hrsg. Jeffrey T. Checkel und Peter Katzenstein, 193–227. Cambridge: Cambridge University Press.

- Kaina, Viktoria. 2009. *Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kandulla, Maren. 2004. A quantitative analysis of national and European identities in Western Germany, Eastern Germany and Austria, 2002. Project Report for EURO-NAT Project. EC Fifth Framework Programme. <http://www.eui.eu/RSCAS/Research/EURONAT/200407Rep.EURONAT-A+D.pdf>. Zugegriffen: 22. Nov. 2010.
- Kielmannsegg, Peter G. 1996. Integration und Demokratie. In *Europäische Integration*, Hrsg. Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, 47–71. Opladen: Leske + Budrich.
- Kielmannsegg, Peter G. 2003. Integration und Demokratie. In *Europäische Integration*, Hrsg. Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, 2. Aufl., 49–83. Opladen: Leske + Budrich.
- Kymlicka, Will. 1995. *Multicultural citizenship. A liberal theory of minority rights*. Oxford: Oxford University Press.
- Lamei, Nadja. 2003. Europäische Integration und europäische Identität. Theoretische Konzepte – empirische Ergebnisse für Österreich. *SWS Rundschau* 43 (4): 523–546.
- Larsen, Henrik. 1997. *Foreign policy and discourse analysis. France, Britain, and Europe*. London: Routledge.
- Lepsius, M. R. 1999. Die europäische Union. Ökonomisch-politische Integration und kulturelle Pluralität. In *Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*, Hrsg. Rien T. Segers und Reinhold Viehoff, 201–22. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Liebert, Ulrike. 2009. Ist eine europäische Identität notwendig und möglich? Zur deutschen Debatte. In *Europäische Identität als Projekt. Innen- und Außensichten*, Hrsg. Thomas Meyer und Johanna Eisenberg, 89–112. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lindberg, Leon N., und Stuart A. Scheingold. 1970. *Europe's would-be polity. Patterns of change in the European community*. Englewood Cliffs: Prentice Hall.
- Majone, Giandomenico. 1998. Europe's 'Democratic Deficit'. The question of standards. *European Law Journal* 4 (1): 5–28.
- Marcussen, Martin, Thomas Risse, Daniela Engelmann-Martin, Hans-Joachim Knopf, und Klaus Roscher. 2001. Constructing Europe? The evolution of nation-state identities. In *The social construction of Europe*, Hrsg. Thomas Christiansen, Knud E. Jorgensen, und Antje Wiener, 101–120. London: Sage.
- Marks, Gary, und Liesbet Hooghe. 2003. Unraveling the central state, but how? Types of multi-level governance. *American Political Science Review* 97 (2): 233–243.
- McLaren, Lauren M. 2004. Opposition to European integration and fear of loss of national identity: De-bunking a basic assumption regarding hostility to the integration project. *European Journal of Political Research* 43 (3): 895–911.
- Mead, George H. 2005. *Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus*, 14. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mény, Yves. 2003. De la démocratie en Europe: Old concepts and new challenges. *Journal of Common Market Studies* 41 (1): 1–13.
- Meyer, Thomas. 2009. Europäische Identität als politisches Projekt. In *Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts*, Hrsg. Frank Decker, 237–253. Wiesbaden: VS Verlag.
- Moravcsik, Andrew. 2002. In defence of the 'Democratic Deficit': Reassessing legitimacy in the European Union. *Journal of Common Market Studies* 40 (4): 603–624.

- Mouffe, Chantal. 1992. Feminism, citizenship and radical democratic politics. In *Feminists theorize the Political*, Hrsg. Judith Butler und Joan W. Scott, 369–384. London: Routledge.
- Mühler, Kurt, und Karl-Dieter Opp. 2006. *Region – Nation – Europa. Die Dynamik regionaler und überregionaler Identifikation*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Nida-Rümelin, Julian. 2007. Europäische Identität? Das normative Fundament des europäischen Einigungsprozesses. In *Europäische Identität Voraussetzungen und Strategien*, Hrsg. Julian Nida-Rümelin und Werner Weidenfeld, 29–45. Baden-Baden: Nomos.
- Niethammer, Lutz. 2000. *Kollektive Identität: Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*. Hamburg: Rowohlt.
- Opp, Karl-Dieter. 2005. Decline of the nation state? How the European Union creates national and sub-national identifications. *Social Forces* 84 (2): 653–680.
- Pantel, Melissa. 1999. Unity-in-diversity: Cultural policy and EU legitimacy. In *Legitimacy and the European Union. The contested polity*, Hrsg. Thomas Banchoff und Mitchell P. Smith, 46–65. London: Routledge.
- Pfetsch, Frank R. 1998. Die Problematik der europäischen Identität. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1998 (B 25–26): 3–9.
- Pichler, Florian. 2005. Affection to and exploitation of Europe. European identity in the EU. *Reihe Soziologie* 71. <http://www.ihs.ac.at/publications/soc/rs71.pdf>. Zugegriffen: 11. Feb. 2010.
- Pollack, Johannes. 2008. Ist eine europäische Identität möglich? Oder: warum wir lernen sollten, Zwiebeln zu lieben. In *Schmerzliche Erfahrungen der Vergangenheit und der Prozess der Konstitutionalisierung Europas*, Hrsg. Christian Joerges, Matthias Mahlmann, und Ulrich K. Preuß, 63–80. Wiesbaden: VS Verlag.
- Popper, Karl. 1978. Three worlds: The Tanner lecture on human values. Delivered at the University of Michigan, April 7, 1978. <http://www.tannerlectures.utah.edu/lectures/documents/popper80.pdf>. Zugegriffen: 10. Juli 2009.
- Puntscher-Riekmann, Sonja, und Ruth Wodak. 2003. „Europe for All“– diskursive Konstruktionen europäischer Identitäten. In *Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen*, Hrsg. Monika Mokre, Gilbert Weiss, und Rainer Bauböck, 283–303. Frankfurt a. M.: Campus.
- Risse, Thomas. 2000. Regionalism and collective identities: The European experience. Paper zum Workshop “El estado del debate contemporaneo en Relaciones Internacionales”, 27./28.07.2000.
- Risse, Thomas. 2003. How can we study European identity and what do we know about it? In *Europeanization, collective identities and public discourse (IDNET). Final Report*, Hrsg. Matthias L. Maier und Thomas Risse, 14–23. Florence: Robert Schumann Centre for Advanced Studies, European University Institute.
- Rozenberg, Olivier. 2014. Frankreichs Suche nach einem europäischen Narrativ. *die integration* 4 (2014): 309–319.
- Sauder, Axel. 1995. *Souveränität und Integration*. Baden-Baden: Nomos.
- Scharpf, Fritz W. 1998. Demokratische Politik in der internationalisierten Ökonomie. In *Demokratie – eine Kultur des Westens?*, Hrsg. Michael T. Greven, 81–103. Opladen: Leske + Budrich.
- Scharpf, Fritz W. 2009. Legitimacy in the multilevel European polity. *European Political Science Review* 1 (2): 173–204.

- Schild, Joachim. 2002. Nationale und europäische Identitäten – komplementär oder unvereinbar? Orientierungen von Deutschen und Franzosen im europäischen Mehrebenensystem. In *Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven*, Hrsg. Michael Meimeth und Joachim Schild, 81–172. Opladen: Leske + Budrich.
- Schmidberger, Martin. 1998. EU-Akzeptanz und europäische Identität im deutsch-französischen Grenzgebiet. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1998 (B 25–26): 18–25.
- Schmidt, Vivian A. 1997. Discourse and (Dis-)integration in Europe. The cases of France, Germany and Great Britain. *Daedalus* 126 (3): 167–197.
- Schmidt, Vivien A. 2004. The European Union: Democratic legitimacy in a regional state? *Journal of Common Market Studies* 42 (5): 975–997.
- Schmidt, Vivien A. 2006. *Democracy in Europe. The EU and national politics*. Oxford: Oxford University Press.
- Sczerbiak, Aleks, und Paul Taggart, Hrsg. 2008. *Opposing Europe? The comparative politics of euroscepticism*. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Seidendorf, Stefan. 2007. *Europäisierung nationaler Identitätsdiskurse? Ein Vergleich französischer und deutscher Printmedien*. Baden-Baden: Nomos.
- Sereti, Natalie, und Nikos Kokosalakis. 2003. A quantitative analysis of national and European identity in Greece. Report for EURONAT Project. EC Fifth Framework Programme. <http://www.eui.eu/RSCAS/Research/EURONAT/200309Rep.GR.EURONAT.pdf>. Zugegriffen: 22. Nov. 2010.
- Smith, Anthony D. 1992. National identity and the idea of the European unity. *International Affairs* 68 (1): 55–76.
- Spohn, Wilfried. 2002. Austria. Europe and the Nation in Austrian National Identity. Project Report for EURONAT Project. EC Fifth Framework Programme.
- Stahl, Bernhard. 2007a. Bedrohung versus Chance – ‚Europa‘ in den außenpolitischen Diskursen Frankreichs. In *Frankreich-Jahrbuch 2006. Politik und Kommunikation*, Hrsg. Deutsch-Französisches Institut, 145–182. Wiesbaden: VS Verlag.
- Stahl, Bernhard. 2007b. Wie nationale Geschichte(n) europäische Außenpolitik begründen – der deutsche und französische Diskurs im Kosovo-Krieg und in der Irak-Krise: Paper für die Zweite Offene Sektionstagung Internationale Politik der DVPW in Darmstadt, 13.–14. Juli 2007. http://www.politikwissenschaft.tu-darmstadt.de/fileadmin/pg/Sektionstagung_IB/Paper_DVPW_Stahl.pdf. Zugegriffen: 22. Nov. 2010.
- Strath, Bo. 2002. A European identity. To the historical limits of a concept. *European Journal of Social Theory* 5 (4): 387–401.
- Tajfel, Henry. 1978. *Differentiations between social groups*. London: Academic Press.
- Taylor, Charles. 1997a. Die Politik der Anerkennung. In *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Hrsg. Charles Taylor, 13–78. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch.
- Taylor, Charles, Hrsg. 1997b. *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch.
- Waever, Ole. 2005. European integration and security: Analysing French and German discourses on state, nation and Europe. In *Discourse theory in European politics*, Hrsg. David Howarth und Jacob Torfing, 33–67. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Walkenhorst, Heiko. 1999. *Europäischer Integrationsprozeß und europäische Identität. Die politische Bedeutung eines sozialpsychologischen Konzepts*. Baden-Baden: Nomos.
- Weale, Albert, und Michael Nentwich, Hrsg. 1998. *Political theory and the European Union*. London: Routledge.

- Weiler, Josef H. H. 1995. Der Staat ‚über alles‘. Demos, Telos und die Maastricht-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. <http://www.jeanmonnetprogram.org/archive/papers/95/9507ind.html>. Zugegriffen: 9. Sept. 2016.
- Weiss, Gilbert. 2003. Die vielen Seelen Europas. In *Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen*, Hrsg. Monika Mokre, Gilbert Weiss, und Rainer Bauböck, 183–206. Frankfurt a. M.: Campus.
- Westle, Bettina. 1989. *Politische Legitimität. Theorien, Konzepte, empirische Befunde*. Baden-Baden: Nomos.
- Westle, Bettina. 2003a. Europäische Identifikation im Spannungsfeld regionaler und nationaler Identitäten. *Politische Vierteljahresschrift* 44 (4): 453–482.
- Westle, Bettina. 2003b. Universalismus oder Abgrenzung als Komponente der Identifikation mit der Europäischen Union. In *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Hrsg. Frank Brettschneider, 115–152. Opladen: Leske + Budrich.
- Wiesner, Claudia. 2014a. *Demokratisierung der EU durch nationale Europadiskurse? Strukturen und Prozesse europäischer Identitätsbildung im deutsch-französischen Vergleich*. Baden-Baden: Nomos.
- Wiesner, Claudia. 2014b. The European Parliament as special parliament and political actor: Dissensus, debate and deliberation as tools. In *The politics of dissensus: Parliament in debate*, Hrsg. Kari Palonen, José M. Rosales, und Tapani Turkka, 101–126. Santander: Cantabria University Press & McGraw Hill.
- Young, Iris M. 1990. *Justice and the politics of differences*. Princeton: Princeton Univ. Press.

Europäische Identität in der Krise?

Europäische Identitätsforschung und

Rechtspopulismusforschung im Dialog

Hentges, G.; Nottbohm, K.; Platzer, H.-W. (Hrsg.)

2017, VIII, 269 S. 2 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-14950-5